

### Von der Perestroika zum Putsch: die Beziehungen zwischen Politik und Militär in der sowjetischen Krise

Holden, Gerard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Holden, G. (1992). *Von der Perestroika zum Putsch: die Beziehungen zwischen Politik und Militär in der sowjetischen Krise*. (HSFK-Report, 3/1992). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-85119-9>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



**HESSISCHE  
STIFTUNG  
FRIEDENS-UND  
KONFLIKT-  
FORSCHUNG**

Gerard Holden

**Von der Perestroika zum Putsch:  
Die Beziehungen zwischen Politik und  
Militär in der sowjetischen Krise**

HSFK-Report 3/1992

**BIBLIOTHEK  
DER HESSISCHEN STIFTUNG  
FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG**  
*Archiv*



**HESSISCHE  
STIFTUNG  
FRIEDENS-UND  
KONFLIKT-  
FORSCHUNG**

Gerard Holden

**Von der Perestroika zum Putsch:  
Die Beziehungen zwischen Politik und  
Militär in der sowjetischen Krise**

HSFK-Report 3/1992  
Februar 1992

**BIBLIOTHEK  
/ DER HESSISCHEN STIFTUNG  
FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG**

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse des Autors:

**Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung**

Leimenrode 29

D-6000 Frankfurt/Main 1

Tel. 069 / 550191

Fax. 069 / 558481

ISBN 3-928965-03-4

DM 12,00

## Zusammenfassung

Dieser Bericht faßt die Entwicklung in den Beziehungen zwischen Militär und Politik in der Sowjetunion zwischen 1985 und 1991 zusammen und analysiert im einzelnen die Zeit zwischen Juli 1990 und dem gescheiterten Putsch im August 1991. Es wird gezeigt, wie das sowjetische Militärsystem während der Perestroika durch politische Initiativen einerseits und durch unerwartete gesellschaftliche Kritik andererseits unter Druck geriet. Zwischen 1990 und 1991 versuchte Präsident Gorbatschow zwischen den Forderungen des Oberkommandos nach entschiedenerem Handeln zur Rettung der Union und innenpolitischer Kritik an der Armee, die sich mit den nach Unabhängigkeit strebenden Kräften in den Republiken verband, einen mittleren Kurs zu halten. Im Winter 1990/91 tendierte Gorbatschow "nach rechts", änderte seine Haltung aber im Frühjahr wieder. Anscheinend haben die Führer der Sicherheitsapparate daraufhin im Juni oder Juli angenommen, Gorbatschow werde den Zerfall der Union akzeptieren, so daß der Wunsch, dies zu verhindern, zum direkten Auslöser für ihre Aktionen im August wurde. Inzwischen hat sich gezeigt, daß der Putsch nicht nur seine unmittelbaren Ziele nicht erreicht hat, sondern statt dessen den Zerfall der UdSSR beschleunigt, die Kommunistische Partei und Gorbatschow selbst die Macht gekostet, und schließlich innerhalb von 6 Monaten zur Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten geführt hat.

Die Entwicklung der politisch-militärischen Beziehungen in der Sowjetunion muß im Zusammenhang mit einer Gesamteinschätzung der Perestroika gesehen werden. Aufgabe der Perestroika war es, das politische und ökonomische System der Sowjetunion zu reformieren und die Beziehungen der UdSSR zur kapitalistischen Welt zu verändern. Diese außenpolitische Strategie wurde jedoch schnell von den Ereignissen in Osteuropa überholt, die das Ende des Kalten Krieges und die "Niederlage" der UdSSR in diesem Wettstreit nach sich zogen. Gorbatschow akzeptierte im sicherheitspolitischen Bereich den sowjetischen Rückzug aus Osteuropa und die Vereinigung Deutschlands, und er gestattete zivilen Autoren, die totale Informationskontrolle durch das militärische Establishment sowie dessen Kontrolle der außenpolitischen Diskussion in Frage zu stellen und über die innenpolitische Rolle der Streitkräfte öffentlich zu debattieren. Gleichzeitig verteidigte er die Armee gegen vermeintlich ungerechtfertigte Kritik und versuchte, der Militärführung seine Unterstützung ihrer Interessen zu versichern.

Ende 1990 geriet Gorbatschow jedoch unter starken Druck von seiten der Armee, die vor allem über die feindselige Haltung der Öffentlichkeit in den baltischen Republiken gegenüber den sowjetischen Streitkräften aufgebracht war. Die Militärführung wollte außerdem gegen die weit verbreitete Flucht vor dem Militärdienst im Baltikum und im Kaukasus vorgehen. Ende des Jahres übertrug Gorbatschow der Armee zusätzliche Macht, um die Einziehung der Wehrpflichtigen sicherzustellen. Dies trug im Januar 1991 indirekt zu den Gewaltausbrüchen in Litauen bei, wo Demonstranten von Truppen der Garnison in Vilnius angegriffen wurden - obwohl der Präsident und der Verteidigungsminister beteuerten, die Aktion nicht angeordnet zu haben. Im Frühjahr versuchte Gorbatschow seine Politik durch Verhandlungen mit den Führern jener Republiken zu korrigieren, die nicht eindeutig die Unabhängigkeit anstrebten (also ohne das Baltikum, Moldawien, Georgien und Armenien), und so die Grundlage für eine neue Unionsstruktur zu schaffen. In dieser

Zeit kam es zu Kämpfen zwischen den Republiken und innerhalb der Republiken im Kaukasus, und es gab einen scharfen politischen Konflikt zwischen Gorbatschow und dem russischen Präsidenten Boris Jelzin. Dieser Konflikt wurde im April teilweise beigelegt, aber je weiter die Verhandlungen über die Struktur einer neuen Union vorankamen, desto mehr schienen die zentralen militärischen Strukturen des Staates im Rahmen eines neuen Unionsvertrages vom Wohlwollen der einzelnen Republiken abhängig zu werden (z.B. beim Haushalt). Um dies zu verhindern, handelten die Putschisten im August.

Parallel zu diesen Manövern und Verhandlungen auf der politischen Ebene gab es Diskussionen über verschiedene Konzepte einer "Militärreform" für die sowjetischen Streitkräfte im einzelnen. Diese Diskussionen fanden in mehreren Gremien der Legislative und der Regierung statt, außer dem Verteidigungsministerium selbst waren eine ganze Reihe anderer Akteure - Offiziere niedrigerer Ränge, zivile Forschungsinstitute und andere gesellschaftliche Organisationen - an der Debatte über die künftige Form der Armee beteiligt. Zur Diskussion standen unter anderem: die Verkleinerung der Armee bis hin zu einer Berufsarmee, die Berufung eines Zivilisten zum Verteidigungsminister, technologische Modernisierung, die Zukunft der politischen Körperschaften innerhalb der Streitkräfte. Obwohl das Ministerium kurzfristig radikale Veränderungen verhindern konnte, hatte der gescheiterte Putsch zur Folge, daß die gesamte Debatte im September 1991 unter ganz anderen politischen Rahmenbedingungen wieder von Neuem begann.

Kennzeichnend für die politisch-militärischen Beziehungen zu dieser Zeit war auch die Neigung, apokalyptische Gefahren heraufzubeschwören: viele Liberale befürchteten, daß dem Land ein Militärputsch bevorstünde; andere entwarfen Szenarien, in denen die Teilung des Landes und seiner Streitkräfte zu nuklearen Bürgerkriegen führte. In diesen Warnungen kam sowohl die objektive politisch-militärische Krise der Sowjetunion als auch eine Prädisposition der sowjetischen bzw. russischen politischen Kultur zum Ausdruck: nämlich der Glaube, daß das Schlimmste passieren werde und friedliche Lösungen politischer Konflikte schwierig, wenn nicht gar unmöglich seien. Gorbatschow selbst hat bei seinen Versuchen, irgendeine Art von Union zu retten, wiederholt solche dramatisierenden Argumentationsfiguren benutzt.

Obwohl die Rollen der verschiedenen Akteure des Putschversuches im einzelnen noch nicht geklärt sind, haben die Ereignisse vom 19. bis 21. August 1991 die bolschewistische Ära in der russischen wie in der Weltgeschichte beendet.

## **Gliederung**

	<b>Seite</b>
1. Einführung: <u>Perestroika</u> und Demilitarisierung	1
2. Gorbatschow und die Generäle, 1990-91	8
3. Die Militärpolitik und die Union (bis September 1991)	21
4. Militärreformkonzepte	32
5. Die Rolle der Apokalyptiker	39
6. Schluß	44





## 1. Einführung: Perestroika und Demilitarisierung

Das Scheitern des sowjetischen Putsches vom 19. bis 21. August 1991 bewirkte genau das Gegenteil dessen, was die Putschisten angestrebt hatten. Es beschleunigte die Auflösung der Union und diskreditierte die Führer des sowjetischen Militär- und Sicherheitsapparates. Für die Kommunistische Partei selber bedeutete es das Ende der bolschewistischen Periode, sowohl für die russische wie für die Weltgeschichte. Innerhalb von 6 Monaten nach dem Putschversuch war die ehemalige Union von der neuen Gemeinschaft Unabhängiger Staaten ersetzt, und Michael Gorbatschow blieb keine Alternative als zurückzutreten.

Es gibt sicherlich kaum ein anderes Unternehmen in der Geschichte, das vom Standpunkt seiner Initiatoren aus ähnlich unmittelbare und katastrophale Folgen hatte. In Zukunft wird die Versuchung groß sein, die Geschichte der Perestroika so zu schreiben, als führe sie unausweichlich zu den Ereignissen des August 1991, ähnlich wie das Wissen um die Revolutionen von 1917 die Studien über das zaristische Rußland beeinflußt hat. Bis zu einem gewissen Grad kann man dieser Gefahr jetzt vielleicht noch ausweichen, denn die Rolle einzelner Akteure in dem Putsch ist noch nicht geklärt. In dieser Untersuchung sollen daher nicht der Putsch selbst oder seine Folgen analysiert, sondern der Hintergrund der Ereignisse vom 19. bis 21. August dargestellt werden. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Politik und Militär zwischen 1985 und 1991, mit besonderem Augenmerk auf der Zeit zwischen Juli 1990 (dem 28. Parteitag der KPdSU) und dem Putsch selbst, steht dabei im Vordergrund. Durch die Analyse bestimmter militärischer Aspekte der Perestroika soll der Putsch in einen historischen Kontext gestellt werden, ohne daß seine Unausweichlichkeit oder die seines Scheiterns vorausgesetzt werden.

Eine Untersuchung der Beziehungen zwischen Militär und Politik und eine Einschätzung des Militarisierungsgrades des sowjetischen Staates sind aus verschiedenen Gründen geeignet, um Kriterien für eine Beurteilung der Perestroika zu entwickeln. Das Konzept der politisch-militärischen Beziehungen umfaßt sowohl die Beziehungen zwischen Teilen der politischen und militärischen Eliten als auch den weiteren Bereich der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft. Setzt man diesen Bezugsrahmen voraus, dann wird sofort klar, daß es in den betreffenden Bereichen der sowjetischen Politik zwischen 1985 und 1991 zu einer ganzen Reihe von, intendierten oder nicht intendierten, Umwälzungen gekommen ist.<sup>1</sup> Rein ökonomisch betrachtete die neue sowjetische Führung die Militärausgaben durchweg als Faktor, der entscheidend zur ökonomischen Krise des Landes beitrug. Leider lassen die verfügbaren Daten die genaue Höhe der Verteidigungsausgaben oder den Grad, um den sie gekürzt wurden, immer noch nicht genau bestimmen. Außenpolitisch wurden von Gorbatschow und Schewardnadse, auch nach dessen Rücktritt, eine Reihe ideologischer und strategischer Prinzipien in Frage gestellt, die dem militärischen Establishment sehr am

---

1 Siehe dazu Gerard Holden: *Soviet Military Reform: Conventional Disarmament and the Crisis of Militarised Socialism*, London 1991. Diese Untersuchung konnte in dem vorliegenden Bericht durch einen Besuch in Moskau im Mai 1991, der auf freundliche Einladung des Instituts für Internationale ökonomische und politische Studien erfolgte, fortgeführt und erweitert werden. Ebenso hilfreich war eine weitere Einladung des Instituts zu einem Seminar, das gemeinsam mit dem Berkeley-Stanford Programm für Sowjetunionstudien abgehalten wurde.

Herzen lagen. Auch hier muß man zwischen den beabsichtigten und den ungeplanten Konsequenzen der Reform unterscheiden, denn es ist kaum anzunehmen, daß Gorbatschow und Schewardnadse die Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa vorhergesehen oder geplant haben, die so schnell zum Zusammenbruch der kommunistischen Macht in der gesamten Region, zum rapiden Zerfall der Warschauer Vertragsorganisation und zur Wiedervereinigung Deutschlands als NATO-Mitglied führten.

Auch innenpolitisch war die Führung mit unerwarteten Herausforderungen konfrontiert, die einige der grundlegenden militärischen Strukturen des Staates in Frage stellten. So versuchten in vielen Unionsrepubliken nationale Bewegungen, ihren Anspruch auf politische und ökonomische Souveränität zu bekräftigen, indem sie die Republiken von den geltenden Prinzipien der militärischen Organisation lösten (dazu gehörte die allgemeine Wehrpflicht und die Pflicht, im gesamten Gebiet der UdSSR zu dienen). Die Streitkräfte wurden verstärkt zu Polizeiaktionen herangezogen und/oder zu Unterdrückungsmaßnahmen von sporadischen, oft schweren und gewalttätigen, ethnischen Konflikten innerhalb der UdSSR eingesetzt. Es hagelte in allen politischen Lagern Angriffe und Gegenangriffe. Der Armeeführung wurde die Vorbereitung eines Militärputsches vorgeworfen. Diese klagte ihre Gegner im Gegenzug an, sie schürten eine gewissenlose Kampagne gegen das Militär, die die Rolle der Armee in der sowjetischen Geschichte verleumde und die Stabilität und Sicherheit des Landes untergrabe.

Viele Beobachter in der UdSSR und im Westen waren bereits im Januar 1991 der Ansicht, die Perestroika sei gescheitert. Als Symbol für diesen Zusammenbruch erschienen die Ereignisse in der Nacht vom 12. auf den 13. Januar in der litauischen Hauptstadt Vilnius: dort wurden bei einem Angriff sowjetischer Sicherheitskräfte auf die zentrale Fernsehstation der Stadt 14 Menschen getötet und über 100 verletzt. Die Rolle der Moskauer Führung in diesen Ereignissen war nicht klar, und es schien nur zwei mögliche Erklärungen zu geben: entweder war die politische Führung bereit, sich militärischer Repression zu bedienen, um die UdSSR in der bestehenden Form zu erhalten, oder sie konnte ihre Autorität gegenüber Teilen des Militärs nicht mehr durchsetzen, das nach traditioneller sowjetischer Auffassung immer unter strenger politischer Kontrolle gestanden hatte. In dieser Analyse komme ich zu dem Ergebnis, daß Präsident Gorbatschow im Winter 1990/91 tatsächlich seine Haltung änderte und sich militärischem Druck beugte, daß darin jedoch mehr ein taktischer als ein strategischer Zug zu sehen war. Gorbatschows spätere Distanzierung von seiner Haltung während des Winters erklärt auch, warum die Führung der Sicherheitsapparate ihre eigene Taktik änderte. Nachdem sie zunächst versucht hatten, Druck auf den Präsidenten auszuüben, sollte der Putsch ihn nun beseitigen.

Die wissenschaftliche Literatur des Westens hat traditionell verschiedene Erklärungen für die Beziehungen zwischen den militärischen und politischen Eliten in der Sowjetunion wie für die Art und das Ausmaß der Militarisierung der sowjetischen Gesellschaft angeboten. Einige Wissenschaftler hielten die Beziehungen zwischen Militär und Politik für grundsätzlich instabil, während andere sie von übereinstimmenden Interessen geprägt und im wesentlichen als unveränderlich ansahen. Am überzeugendsten war ein differenzierter Standpunkt, wie er z.B. von Timothy Colton und David Holloway vertreten wurde. Für sie war die Beziehung geprägt von Manövrieren und Taktieren auf der Basis eines Grund-

konsenses über zentrale Werte, der allerdings durch künftige Initiativen der politischen Führung gestört werden kann.<sup>2</sup>

Dieses dritte Modell eignet sich als Ausgangspunkt für die Untersuchung der Beziehungen zwischen Militär und Politik im Verlauf der Perestroika. Um die Frage nach der damaligen Krise der Perestroika und den Gründen dafür zu beantworten, muß man zunächst die ursprünglichen Prämissen und Ziele des Reformprojekts kurz darstellen. Michael Gorbatschow selbst hat sein Programm zunächst auf der Grundlage ökonomischer Begriffe entwickelt, von uskorenije (oder Beschleunigung) über eine Verpflichtung zur demokratischen Erneuerung des bestehenden Systems (die Übergabe der Macht an die Sowjets in einem Einparteienstaat), bis hin zu der im Frühjahr 1990 erfolgten Aufgabe des verfassungsrechtlich verankerten Machtmonopols der Kommunistischen Partei und der Anerkennung der Konkurrenz zwischen verschiedenen politischen Kräften und Parteien zu gleichen Bedingungen. Für Gorbatschow und andere Reformkommunisten wie Alexander Jakowlew und Roy Medwedjew scheint der verknüpfende Aspekt im Glauben an die Möglichkeit eines demokratischen Sozialismus oder auch eines "konstitutionellen Kommunismus" in der UdSSR bestanden zu haben. Eine ökonomisch und politisch erneuerte UdSSR sollte dann nach außen in der Lage sein unter in etwa gleichen Bedingungen an der internationalen Arbeitsteilung im Rahmen des Weltwirtschaftssystems teilzunehmen.<sup>3</sup>

Heute wird sowohl im Westen als auch in der ex-UdSSR vielfach behauptet, daß dieser Reformversuch im Prinzip gescheitert sei, und zwar mit der Begründung, das Projekt sei entweder schon von der Anlage her undurchführbar gewesen, oder deshalb, weil das Land ökonomisch zu schwach und politisch bzw. ethnisch zu stark zersplittert war. Eine Minderheit westlicher Sowjetologen meinte jedoch noch im Frühjahr 1991 (ohne deshalb unbedingt anzunehmen, es gehe um die Verwirklichung eines demokratischen Sozialismus), daß Gorbatschows Strategie trotz aller Schwierigkeiten weder gescheitert war noch aufgegeben wurde. Jerry F. Hough sah z.B. immer eine Strategie begrenzter Demokratisierung, der Bewahrung der Union und einer kontrollierten Öffnung der sowjetischen Wirtschaft, die die Grenzen des alten sozialistischen Systems klar überschreiten sollte und die, seiner Ansicht nach, die Unterstützung einer sich erst entwickelnden Bourgeoisie genoß.

---

2 Timothy J. Colton: *Commissars, Commanders, and Civilian Authority: The Structure of Soviet Military Politics*, Cambridge 1979, und David Holloway: *War, Militarism and the Soviet State*, in: E.P. Thompson und Dan Smith (Hrsg.): *Protest and Survive*, Harmondsworth 1980. Colton hat kürzlich eine sehr nützliche Zusammenfassung der verschiedenen Modelle erstellt, vgl. das Eingangskapitel von: Timothy J. Colton und Thane Gustafson (Hrsg.): *Soldiers and the Soviet State: Civil-Military Relations from Brezhnev to Gorbachev*, Princeton 1990.

3 Gute Beispiele für Bemerkungen Gorbatschows, in denen er die Perestroika als "friedliche Revolution" charakterisiert, die keine Aufgabe des Sozialismus bedeute, sind in seinen Reden zum 28. Parteitag der KPdSU zu finden. Abgedruckt in: *Prawda*, 3.7.90 und 11.7.90. Ähnliche Argumente findet man bei: A. Jakowlew: *Sozialismus: ot mečty k realnosti*, in: *Kommunist*, Nr. 4, März 1990, und: *New sociality born*, in: *New Times*, Nr. 44, 30. Oktober - 5. November, 1990; R. Medwedjew: *Ideologija i politika w sowjetskom obsčestwje*, und: *Wsjaimoswjas ideologii, politiki i obsčestwennych nauk*, in: *Kommunist*, 7. Mai und 16. Oktober 1990. Einen hilfreichen Rückblick liefert Stephen White: *Gorbachev in Power*, Cambridge 1990, in seinem 7. Kapitel.

Aus diesem Blickwinkel war Gorbatschow eine Art "modernisierender, am Westen orientierter Zar", dessen Strategie auch 1991 noch Gültigkeit besaß.<sup>4</sup>

Andere liberale Sowjetologen nahmen zwar Gorbatschows Ziele der liberalen Demokratisierung und der Marktreform ernst, meinten aber, daß er gezwungen gewesen sei, eine schwierige Politik der Balance zwischen liberalen Marktreformern und den Forderungen der Kommunistischen Partei und der Sicherheitsapparate zu verfolgen. So argumentierte z.B. Archie Brown noch nach den Ereignissen im Baltikum im Januar 1991, Gorbatschow verdiene westliche Unterstützung, weil jeder Nachfolger mit größter Wahrscheinlichkeit eine autoritärere Persönlichkeit wäre. Stephen Cohen meinte, Gorbatschow habe Rußland auf dem Weg zur Demokratie weiter vorgebracht als es jemals vorher in seiner Geschichte der Fall gewesen sei, und er habe dem reaktionären Druck noch nicht nachgegeben.<sup>5</sup>

Einen ganz anderen Standpunkt nahmen die Befürworter Boris Jelzins und der "Bewegung Demokratisches Rußland" ein. Sie meinten im Frühjahr 1991, Gorbatschows Strategie einer sozialistischen Perestroika sei gescheitert, und die Aufgabe, die UdSSR (oder Rußland) in eine "normale" liberale Demokratie auf marktwirtschaftlicher Grundlage umzuwandeln, sollte an neue politische Kräfte übergeben werden. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß die Moskauer Intelligenz in der Frage einer Unterstützung Jelzins keineswegs einig war. Das Spektrum seiner Kritiker reichte von Alexander Tsipko, der zwar den Marxismus ausdrücklich ablehnte aber Jelzin für autoritär und für einen schlechten Taktiker hielt, bis zu Boris Kagarlitsky, der von einem unabhängigen marxistischen Standpunkt aus argumentierte, die Umgestaltung der sowjetischen Wirtschaft in eine Marktwirtschaft sei Betrug, unabhängig davon, wer sie durchzuführen versuche.<sup>6</sup>

Will man die zentrale Bedeutung der Beziehungen zwischen Militär und Politik erfassen, muß man diese Debatten über das politische und ökonomische Schicksal der Perestroika in den Kontext einer genaueren Analyse von Gorbatschows Außenpolitik stellen. Wie die Perestroika insgesamt, so kann auch die Periode des "Neuen Denkens" in der sowjetischen Außenpolitik auf vielerlei Art interpretiert werden. Die skeptischeren unter den westlichen Beobachtern betrachteten das Neue Denken zunächst vor allem als verbale Strategie, die es der UdSSR erlauben würde, von den kurzfristig nachlassenden internationalen Spannungen zu profitieren, nur um anschließend zur Großmachtkonkurrenz mit den USA zurückzukehren. Alternativ dazu konnte das Neue Denken als ebenso pragmatischer, dafür aber

4 Jerry Hough: Man of Iron, in: The Guardian, 20.2.91; Hough entwickelt sein Argument ausführlicher in seinem Buch: Russia and the West: Gorbachev and the Politics of Reform, New York 1988.

5 Vgl. auch Archie Brown: Not the time for the West to dump Gorby, in: The Guardian, 22.1.91, und Stephen Cohen: Gorbachev vedet bor'bu za reformy, in: Isvestia, 12.3.91; es handelt sich hierbei wahrscheinlich um den Nachdruck einer amerikanischen Quelle, die jedoch nicht genannt ist.

6 A. Tsipko: Bojus nowowo Kerenskowo, in: Komsomolskaja Prawda, 16.3.91, sowie Alexander Kornejew: Bomba dlja predsedatelja?, in: Literaturnaja Gasjeta, 17.3.91; Boris Kagarlitsky: Farewell Perestroika: A Soviet Chronicle, London 1990, hier insbesondere Kapitel 12, und: Der schwere Weg von der Vergangenheit in die Zukunft, in: Klaus Segbers (Hrsg.): Perestroika: Zwischenbilanz, Frankfurt am Main 1990. Dieses Argument war in der sowjetischen Presse kaum zu finden; vgl. Kagarlitskys Artikel: Eto nesvobodnoye svobodnoye predprinimatel'stvo, in: Narodni Deputat, Nr. 6, 1991.

freundlicherer Zug gesehen werden, nämlich als Programmatik für einen strategischen Rückzug, der der UdSSR von der Last der Militärausgaben und vom Scheitern der sowjetischen Politik in Fragen der Sicherheit, wie auch des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts aufgezwungen worden war. Schließlich konnte das Neue Denken als eine grundlegende Strategie angesehen werden, die tatsächlich ein neues Konzept sowjetischer Sicherheitspolitik enthielt: die Einsicht, daß weder nationale noch internationale Sicherheit durch nukleare Abschreckung und offensive konventionelle Strategien sichergestellt werden können, und die Entscheidung, als Garanten für eine effektivere Sicherheit in Zukunft Interdependenz und Zusammenarbeit anstatt militärischer Stärke anzustreben.

Ob die Änderung der sowjetischen Politik eine Reaktion auf die strategischen Herausforderungen durch die erste Reagan-Administration war, oder ob sie das Ergebnis einer internen Neueinschätzung ist, die eine Änderung der Politik unabhängig von amerikanischen Entscheidungen über Militärausgaben und Waffenentwicklungen für notwendig hielt, wird bis heute kontrovers diskutiert. Wahrscheinlich gab eine Mischung aus grundsätzlichen und pragmatischen Erwägungen Mitte der 80er Jahre den Anstoß für das Konzept des Neuen Denkens. Im Frühjahr 1991 schienen jedoch die Ursprünge des Neuen Denkens nicht mehr so wichtig wie seine Folgen. In der Sowjetunion selbst brach ein neuer Streit darüber aus, ob die Politik des Neuen Denkens geradezu spektakulär erfolgreich, oder ob sie gescheitert war und das Land als eine geschwächte Macht zurückgelassen hatte, die nicht nur in ihrer nationalen Sicherheit, sondern sogar in ihrer Existenz bedroht schien.

In den ersten Jahren des Neuen Denkens (1985-88) akzeptierte die sowjetische Militärführung einige wichtige Neuerungen oder konnte sie zumindest nicht verhindern. Dazu gehörten der Abschluß des numerisch asymmetrischen INF-Vertrages; eine politische Verpflichtung auf defensive Doktrinen und Strategien auf dem Gebiet der konventionellen Verteidigungspolitik; und wichtige Schritte in Richtung auf Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa, die die vermeintliche konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes auf diesem Kontinent zu beenden versprochen. Auch innenpolitisch mußte sie Neuerungen hinnehmen, als zivilen Instituten erlaubt wurde oder sie sogar ermuntert wurden, alternative Studien über die äußere Bedrohung der UdSSR und die entsprechenden militärischen Erfordernisse zu erarbeiten. Damit war die äußerst restriktive Informationspolitik der Militärs herausgefordert.

Das verfügbare Material über diese Phase der sowjetischen Politik läßt vermuten, daß ihr die Prämisse schrittweiser, wenn auch potentiell radikaler, Veränderungen zugrunde lag. Es wurden zwar einige der überlieferten Essentials des militärischen Establishment in Frage gestellt (wie etwa offensive konventionelle Strategien und eine strenge Kontrolle aller militärischen Informationen), aber kurzfristig waren keine dramatischen Umwälzungen zu erwarten. Die Ereignisse von 1989-90 hatten jedoch mit schrittweiser Veränderung nichts mehr zu tun. Mit der politischen Transformation Osteuropas, dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes und der Entscheidung der DDR-Bevölkerung für eine schnelle Vereinigung (der einige Monate später die Zustimmung der Sowjetunion zur NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands folgte) ging der Kalte Krieg in Europa mit halsbrecherischem Tempo zu Ende. Der Pariser KSZE-Gipfel vom November 1990, mit der Unterzeichnung des KSE-Vertrages über konventionelle Streitkräfte und der Charta über die Verpflichtung

zu politischem Pluralismus und marktwirtschaftlichen Beziehungen, kann als Schlußpunkt dieser Phase angesehen werden. Stärker noch als selbst die Vereinigung Deutschlands brachte die Pariser Charta das Ende des Kalten Krieges und den Sieg der Prinzipien des nordatlantischen Vertrages über jene der Breschnew-Doktrin zum Ausdruck. Zur selben Zeit sah sich nun das sowjetische Militärsystem wachsendem Druck aus dem Inneren gegenüber. In den Republiken, die sich aus der Union lösen wollten, wuchs der Widerstand gegen die Wehrpflicht. Es kam zu Gewaltausbrüchen in Tbilissi (im April 1989) und in Baku (im Januar 1990). Auch in anderen Regionen führten soziale, politische und ethnische Konflikte zu gewalttätigen Ausschreitungen.

Es lassen sich kaum Belege dafür finden, daß die politische Führung die Umwälzungen in Osteuropa vorhergesehen oder der Militärführung die Notwendigkeit eines schnellen strategischen Rückzugs aus der Region nahe gebracht hatte. Einige westliche Beobachter sind der Ansicht, es habe im Vorfeld eine Grundsatzentscheidung über die mögliche "Aufgabe" Osteuropas gegeben. Michael MccGwire geht z.B. davon aus, daß im Januar 1987 die Entscheidung gefallen sei, die Streitkräfte der UdSSR nicht mehr auf einen Weltkrieg vorzubereiten, was im Grunde genommen heiße, die Kontrolle Osteuropas sei nicht mehr für nötig angesehen worden. In MccGwires Darstellung liegt jedoch wohl ein Moment von nachträglichem Determinismus, denn es gibt mindestens ebenso viele Anzeichen dafür, daß der tatsächliche Verlauf der Ereignisse sehr viel verworrener war und mehr einer schrittweisen Zustimmung zu weiteren Veränderungen gleichkam, vor dem Hintergrund einer anderen Grundsatzentscheidung, nämlich in Osteuropa keine Gewalt mehr anzuwenden. Selbst wenn MccGwires Annahme richtig ist, müßte davon ausgegangen werden, daß die Implikationen der Rückzugsoption den niederen Rängen der politischen, militärischen und akademischen Hierarchie jedenfalls nicht erklärt wurden, da sie ideologisch viel zu umstritten waren.<sup>7</sup>

Man muß auch die Feststellung, daß die UdSSR in einigen wichtigen Bereichen den Kalten Krieg verloren hat, berücksichtigen. Was man auch von der Weisheit stalinistischer Außenpolitik und der von Stalins Nachfolgern verfolgten Breschnew-Doktrin halten mag, so haben ihre Prinzipien doch immerhin über 40 Jahre die Grundlagen der sowjetischen Außenpolitik geliefert. Und obwohl die UdSSR militärisch nicht besiegt worden ist, ging der Kalte Krieg doch mit der ausdrücklichen Anerkennung der Überlegenheit der politischen und ökonomischen Werte des demokratischen Kapitalismus durch die sowjetische Führung zu Ende. Die sowjetische Militärführung war mit Sicherheit vom Bevorstehen dieses Schrittes nicht unterrichtet, und er stand noch nicht einmal im Einklang mit den Ansichten derer in der Sowjetunion, die weiter für die politischen Ideale des demokratischen Sozialismus eintraten.

---

7 MccGwire: Perestroika and Soviet National Security, (The Brookings Institution), Washington 1991. In MccGwires Darstellung wird nicht ganz klar, ob er meint, daß die Konsequenzen der prinzipiellen Entscheidung Achromejew, Jasow und Moissejew an der Spitze der militärischen Hierarchie völlig klargemacht wurden. Er behauptet interessanterweise, daß die zivilen Strategen nicht unterrichtet worden sind, mit dem Ergebnis, daß deren Kontroversen mit den Militärautoren für die Politik nicht sehr instruktiv waren. Ich gehe in: The End of an Alliance: Soviet Policy and the Warsaw Pact, 1989-90, PRIF-Report, Nr. 16, Dezember 1990, von einem sehr viel chaotischeren Entscheidungsprozeß in Bezug auf Osteuropa aus.

Die meisten der frühen Nachrufe auf den Kalten Krieg lagen grundsätzlich mit der Feststellung richtig, daß der Westen gewonnen habe. Sie waren jedoch alle insofern verfrüht, als sie die volle Bedeutung vom Ende des Ost-West-Konflikts für die innere Konstitution des sowjetischen politischen Systems übersahen, und hier besonders für den Bereich der Beziehungen zwischen Politik und Militär. Es war nicht verwunderlich, daß die besiegte Macht und ihr System größere Anpassungsschwierigkeiten hatte als die Sieger. Ironischerweise machte die Sowjetunion das Ende des Kalten Krieges erst möglich, durch grundsätzliche und pragmatische Umorientierungen im Zuge des Neuen Denkens, aber sie verlor dabei gleichzeitig den Wettstreit in einem sehr viel direkteren Sinn. 1990-91 verschärfte sich die soziale und ökonomische Krise des Landes, und der Staat selbst war durch die Sezession von mehreren Republiken bedroht. Das sowjetische Militärsystem blieb im wesentlichen intakt, obwohl es Druck von seiten der politischen Führung wie auch von breiteren sozialen Strömungen ausgesetzt war. Stellt man diese Faktoren in Rechnung, wird die Bedeutung der Spannungen zwischen Militär und Politik in der Sowjetunion, die zu dem Putschversuch geführt haben, klarer.



## 2. Gorbatschow und die Generäle, 1990-91

Im Sommer 1990 herrschte in den Beziehungen zwischen Politik und Militär in der Sowjetunion eine Art Pattsituation, in der die politische Führung dem militärischen Establishment zwar eine Reihe von Reformen aufgezwungen hatte, die Armee aber gleichzeitig gegen destabilisierenden Druck von unten, der sich aus den sozialen Umwälzungen der Perestroika entwickelt hatte, in Schutz nahm. Als die Militärführung Ende 1990 ihre Interessen wieder mit mehr Nachdruck vertrat, wurde Gorbatschows "Schwenk nach rechts" von einigen Beobachtern so interpretiert, als hätten das Neue Denken und die Perestroika niemals eine ernsthafte Herausforderung militärischer Interessen bedeutet. Diese Interpretation ist meiner Ansicht nach zu einfach und unterschätzt die Bedrohung militärischer Privilegien durch das Reformprojekt insgesamt, aber auch die taktische Gewandtheit (oder den Zynismus), mit der Gorbatschow zumindest einige Forderungen der militärischen Führung für die Innenpolitik akzeptierte und sich von einer Politik distanzierte, für die er und Schewardnadse gemeinsam verantwortlich zeichneten. Die Ereignisse von Ende 1990 können als politischer Zug Gorbatschows interpretiert werden, mit dem er die Interessen zentraler Institutionen schützen wollte, deren Vertreter sich von den Veränderungen in der außenpolitischen Umwelt der UdSSR genauso bedroht fühlten wie von der Aussicht auf inneren Zerfall und Verlust der politischen Kontrolle. Gorbatschow selbst hegte durchaus ähnliche Befürchtungen, auch wenn die späteren Ereignisse vermuten lassen, daß sein politischer Schwenk eher taktischer als strategischer Natur war.

Im Sommer 1990 war die politische Führung der Logik ihrer früheren Entscheidung gefolgt, die Breschnew-Doktrin für Osteuropa aufzugeben. Sie versuchte zwar noch, die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands zu verhindern, was durch Diplomatie allein jedoch nicht mehr zu erreichen war. Ebenso unausweichlich war die diplomatische Logik, die zur Unterzeichnung des KSE-Vertrages und der Charta von Paris führte.

Es gibt noch keine endgültige Klarheit über die Beziehungen zwischen Politik und Militär in der sowjetischen Führung für die Zeit der dramatischsten Umwälzungsperiode in Osteuropa Ende 1989, Anfang 1990. Wenn man den Aussagen von Schewardnadse und Lothar de Maizière vom Frühjahr 1991 folgt, dann hatte die militärische Führung (oder Teile derselben) für den Einsatz von Gewalt zur Wiederherstellung der Breschnew-Doktrin plädiert und mußte überstimmt werden. Wenn das richtig ist, mußten Teile der Militärführung sich mit ihren Interessen übergangen fühlen.

Eine Vielzahl widersprüchlicher Zwänge führte dann zur Pattsituation zwischen Politik und Militär Anfang bis Mitte 1990 geführt. Zivile Wissenschaftler und Journalisten hatten zu einer umfassenden Analyse strategischer und ökonomischer Prioritäten beigetragen, wie auch zur Neueinschätzung einiger Schlüsselfragen der sowjetischen Militärgeschichte (die vor allem die Geschichte des Zweiten Weltkrieges, des Großen Vaterländischen Krieges, betrafen). Die politische Führung hatte ihre Absicht erklärt, die Konversion der Rüstungsindustrie zu einem Bestandteil des wirtschaftlichen Reformprojekts zu machen, und sie hatte sich über die Einwände des Militärs gegen Maßnahmen wie die faktische Befreiung der Studenten vom Militärdienst, die 1989 beschlossen worden war, hinweggesetzt. Es kam außerdem zu einer wachsenden öffentlichen Diskussion über die Mißhandlung von Wehr-

pflichtigen, ein Phänomen, das unter dem Begriff dedowschtschina bekannt ist, auf die die politische und die militärische Führung reagieren mußten. Zudem waren Abkommen über den Abzug der sowjetischen Truppen aus der Tschechoslowakei und Ungarn bis spätestens Mitte 1991 unterzeichnet worden.

Zur selben Zeit geriet das System der allgemeinen Wehrpflicht als ganzes in den baltischen und kaukasischen Republiken unter Druck; die Bereitschaft in den integrierten sowjetischen Streitkräften Militärdienst zu leisten, nahm rapide ab. Nach den Zahlen des Verteidigungsministeriums folgten im Herbst 1990 in Armenien nur 28%, in Georgien 10%, in Lettland 25,3%, in Litauen 12,5% und in Estland 24,5% der Wehrpflichtigen ihrer Einberufung. Von zivilen und von militärischen Autoren war die Möglichkeit einer Umwandlung der Armee in eine Freiwilligen- oder Berufsarmee und die Bildung territorialer Einheiten ins Gespräch gebracht worden. Die Militärführung (Verteidigungsminister Jasow und Generalstabschef Moissejew) stand beiden Vorschlägen zunächst ablehnend gegenüber, zeigte jedoch Anfang 1990 wachsendes Interesse an der Möglichkeit größerer Professionalisierung. Die Armee war bereits einige Male zu internen "Polizei"aktionen eingesetzt worden: die dramatischste im April 1989 in Tbilissi (Georgien), wo die politische Führung möglicherweise dem Einsatz von Gewalt gegen unbewaffnete Demonstranten gar nicht zugestimmt hatte; aber auch im Januar 1990 in Baku (Aserbaidschan), wo die Aufgabe der Zentralregierung eindeutig darin bestand, eine schwache Gruppe von Bürgern gegen halborganisierte Pogrome zu schützen. Was tatsächlich stattfand war jedoch nur zum Teil eine friedenssichernde Operation, zum anderen Teil aber eine Strafexpedition. Schon damals hatten liberale Journalisten die Frage aufgeworfen, ob die Streitkräfte eine Art Anti-Perestroika-Putsch durchführen würden.

Die politische Führung reagierte mit einigen ernststen Warnungen auf das, was sie als unverantwortliche anti-militärische Kampagne in der liberalen Presse wahrnahm. Gorbatschow selbst hatte die "Anti-Streitkräfte-Propaganda" in einer Rede vor dem Plenum der Partei im Februar 1990 verurteilt. Auf demselben Plenum stimmte das Zentralkomitee der Partei für die Streichung des Artikels 6 aus der Verfassung, in dem die führende Rolle der KPdSU garantiert wurde. Damit wurde die Behauptung unterminiert, daß im Grunde nichts weiter als eine Reform des bestehenden politischen Systems anstand, und es stellte sich nun die Frage, wie sich Institutionen wie die Armee zu einem beginnenden Mehrparteiensystem stellen sollten. Gleichzeitig wurden die zentralen Institutionen des Staates jedoch so transformiert, daß größere und drakonischere Macht in die Hände einer neu geschaffenen exekutiven Präsidentschaft gelegt wurde. Gorbatschow war im Oktober 1988 zum Präsidenten gewählt worden. Die durch Verfassungsänderung vom Kongreß der Volksdeputierten im März 1990 neu geschaffene Präsidentschaft gab ihm umfassende Macht, das Kriegsrecht zu erklären, den Notstand in Teilen des Landes oder dem ganzen Land auszurufen sowie zeitweilig eine Präsidialherrschaft einzusetzen. Eine solche Präsidialherrschaft war eine Neuerung. Sie gab dem Präsidenten die Macht, gewählte lokale Körperschaften abzusetzen und faktisch die Kontrolle über alle Unternehmen und Institutionen einer bestimmten Region auszuüben.<sup>8</sup>

---

8 Eine umfassendere Untersuchung dieser Fragen und des "Gleichgewichts der Kräfte" zwischen Politik und Militär, wie es im Frühjahr 1990 bestand, bieten die Kapitel 3, 5 und 8 in: Gerard Holden: Soviet Military Reform. Außerdem David Holloway: State, Society, and the Military under Gorbachev, in:

Diese Verfassungsänderungen hatten offensichtlich erhebliche Bedeutung für die Beziehungen zwischen Militär und Politik. Das Oberkommando selber war zu jener Zeit damit beschäftigt, sich der Vorwürfe wegen Entscheidungen und Maßnahmen zu erwehren, für die seiner Ansicht nach die zivilen Autoritäten verantwortlich waren. Aus diesem Grund wurde zwischen Kriegsrecht und Notstand unterschieden. Die Präsidialherrschaft wurde technisch als eine spezielle Form des Notstandsregimes beschrieben, bei dem die zivile Führung an der Macht bleibt. Für diejenigen, die unter dieser Herrschaft leben würden, falls Gorbatschow seine neue Macht jemals benutzen sollte, war dies jedoch eine rein akademische Unterscheidung. Wenn es also einerseits Gründe für die Angst der Liberalen vor einem Anti-Perestroika-Putsch gab, so muß man andererseits die Gefahr erwähnen, daß der Präsident selbst nun mit verfassungsrechtlicher Legitimation etwas ganz ähnliches initiieren konnte.

In einer Reihe wichtiger Reden vom Frühjahr und Sommer 1990 stellte Gorbatschow seinen eigenen Standpunkt dar. Die Verteidigung der Armee ging für ihn Hand in Hand mit der Forderung nach weiteren Reformen, von denen die militärischen Institutionen nicht ausgenommen werden konnten. Mitte März kam es zu einem Treffen des Präsidenten mit Jasow und anderen militärischen Abgeordneten des Volksdeputiertenkongresses, das öffentlich dokumentiert wurde. Gorbatschow versicherte bei dieser Gelegenheit, daß die UdSSR trotz der Kürzungen im Verteidigungshaushalt auch weiterhin langfristige wissenschaftlich-technische Forschung auf dem Gebiet der Verteidigung betreiben werde, die Landesverteidigung werde nicht geschwächt. Die Armee solle jedoch bereit sein, Kritik aus der Gesellschaft zu akzeptieren und entsprechend darauf zu reagieren.<sup>9</sup> Am Abend der traditionellen Siegesparade im Mai lavierte Gorbatschow in seiner Rede vorsichtig zwischen der Kritik an Stalins Vorkriegsrepressionen gegenüber der Armee und seinen Fehlern in der Frühphase des Krieges einerseits und der Anerkennung seiner positiven Leistungen als Oberkommandierender andererseits. Der Sieg sei errungen worden, sagte Gorbatschow, weil der Kampf als ein Volkskrieg geführt worden sei unter der Einheit von Nation und Partei. Nach dem Krieg hätten die Militärausgaben jedoch dazu beigetragen, die Wirtschaft der UdSSR zu schwächen. Eine Militärreform sei notwendig, obwohl die UdSSR weiterhin eine starke Armee und Flotte brauche. Gorbatschow sprach nicht von einer andauernden militärischen Bedrohung der Sowjetunion, ein Argument, das in Jasows Rede und in dessen Tagesbefehl vom 9. Mai eine Rolle spielte. Gorbatschow gab seinem militärischen Publikum allerdings die Versicherung: "Niemand sollte die Hoffnung hegen, daß die Sowjetunion sich selbst entwaffnen wird."<sup>10</sup>

Diese Versicherung empfanden einige Mitglieder des Publikums als unzureichend. Eines der wichtigsten Themen auf dem Parteitag der Russischen Kommunistischen Partei im Juni und auch auf dem 28. Parteitag der KPdSU im Juli waren Angriffe auf Gorbatschow und Schewardnadse wegen des angeblichen "Verlustes" Osteuropas und damit der Gefährdung

---

International Security, Vol. 14, Nr. 3, Winter 1989/90, und Hans-Henning Schröder: "Demilitarisierung" in der Sowjetunion? Ansätze zu einer Neuordnung der Beziehung von Politik und Militär in der UdSSR (1987-90), BIOst-Report 49, Köln, 1990.

9 Krasnaja Swjesda, 16.3.90.

10 Iswestia, 9.5.90.

der sowjetischen Sicherheit.<sup>11</sup> Die heftigste Attacke kam von Generalleutnant Makaschow, Kommandeur des Wolga-Ural Militärdistrikts. Makaschow klagte nicht nur die politische Führung wegen ihrer schlecht beratenen Außenpolitik und wegen ihrer Passivität angesichts der Angriffe auf die Armee aus dem Innern an, sondern er kündigte auch an, daß die Armee zurückschlagen werde: "Wir sind nicht bereit, die ideologische Kapitulation hinzunehmen... wir, die Kommunisten der Armee, können uns die Union ohne Rußland nicht vorstellen und Rußland nicht ohne die Union. Und wir sind bereit dafür zu kämpfen!"<sup>12</sup> Diese Rede machte Makaschow über Nacht zu einem der führenden schwarzen Schafe für die Liberalen, eine Rolle, an der er offensichtlich Gefallen fand, wenn man sich an seiner Kandidatur und seinem Wahlkampf bei den Präsidentschaftswahlen der RSFSR (Russischen Föderation) des nächsten Jahres orientieren will.

In seinem Rechenschaftsbericht vor dem 28. Parteitag versprach Gorbatschow die anhaltende Unterstützung der Armee durch die Partei. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß in einer Situation, in der die Kommunistische Partei nicht mehr das Monopol in der Gesellschaft habe, alle legalen Parteien das Recht hätten, in den Streitkräften Erziehungsaufgaben wahrzunehmen. Der Parteitag verabschiedete jedoch eine Resolution zur Militärpolitik der Partei und ein neues Parteistatut, die deutlich hinter der Anerkennung dieser offensichtlich logischen Position zurückblieb. Die "Entpolitisierung" der Streitkräfte, wie sie einige Liberale, die der Armee besonders mißtrauisch gegenüberstanden, forderten, wurde abgelehnt. Die Politische Hauptverwaltung (PHV), die bisher dem Zentralkomitee der Partei und dem Verteidigungsministerium gleichermaßen verantwortlich war, sollte von nun an nur noch der Regierung unterstellt sein und erzieherische und administrative Aufgaben in der Armee wahrnehmen. Die separaten Parteiorganisationen innerhalb der Streitkräfte sollten weiter bestehen, aber nicht länger der PHV untergeordnet sein.<sup>13</sup> Generalleutnant Nikolai Schljaga wurde zum Nachfolger von General Alexej Lisitschew an der Spitze der PHV ernannt.

Der Parteitag war vielleicht die letzte Gelegenheit, bei der die Osteuropapolitik von Gorbatschow und Schewardnadse von einer offensichtlich einigen politischen Führung und von Offizieren an der Spitze der militärischen Hierarchie unterstützt wurde. Jakowlew, Jewgeni Primakow (Mitglied des Präsidialrates) und General Moissejew selbst unterstützten Gorbatschow und Schewardnadse bei ihrer Verteidigung gegen die Kritik von Makaschow.

In den folgenden Monaten verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Politik und Militär jedoch weiter. Immer häufiger tauchten Gerüchte über einen drohenden Putsch in der liberalen Presse auf. Eine Reihe von Militärs und militärischen Institutionen verstärkte ihre Kritik an der Regierung, wegen deren angeblich mangelndem Interesse an den Sorgen der Militärs. Am Ende dieser spannungsgeladenen Periode stand der Rücktritt Schewardnadses

---

11 Die Debatte "Wer verlor Osteuropa?" und ihre Funktion in der sowjetischen Innenpolitik wird ausführlicher behandelt in: Gerard Holden: Der Zerfall der WVO, in: Johannes Schwerdtfeger, Egon Bahr und Gert Krell (Hrsg.): Friedensgutachten 1991, Münster/Hamburg 1991.

12 Krasnaja Swjesda, 21.6.90.

13 Prawda, 11.7.90, und Stephen Foye: Defense Issues at the Party Congress, (Radio Liberty) Report on the USSR, Vol. 2, Nr. 30, 27. Juli 1990.

auf dem Volksdeputiertenkongreß im Dezember 1990 und seine Warnung vor einer drohenden Diktatur, gefolgt von dem chaotischen Militäreinsatz im Baltikum im Januar 1991.

Gorbatschow hat zu dieser Zeit, soviel scheint klar, seine Position "nach rechts" verschoben. Schwieriger ist die Frage zu klären, ob die politischen Kräfte, die ihn beeinflussten, organisiert und zielgerichtet handelten; oder die Frage, ob man von einer einheitlichen Militärlobby sprechen kann, die alle Militärs oberhalb eines bestimmten Ranges repräsentierte. Zu diesem Zeitpunkt war in der sowjetischen Debatte der Begriff des "militärisch-industriellen Komplexes" schon gang und gäbe. Er wurde manchmal deskriptiv oder gar im positiven Sinn für den militärischen Sektor der sowjetischen Wirtschaft gebraucht, und manchmal in dem geläufigeren pejorativen Sinn zur Verurteilung der konservativen politischen Orientierung dieses industriellen Sektors und seiner uniformierten Verbündeten. Auch der Begriff "militärisch-ideologischer Komplex" tauchte auf, mit dem die Interessenidentität zwischen dem kommunistischen Parteiapparat und den verschiedenen Sicherheitskräften unterstrichen wurde.

Bis zu einem gewissen Grad kann man unterschiedliche Rollen bei einigen dieser Institutionen und Gruppen feststellen. Das uniformierte Oberkommando (Jasow, Moissejew, Schljaga und Marschall Sergej Achromejew, Moissejews Vorgänger und dann Gorbatschows Militärberater) und ihre direkten Untergebenen waren mit der gesamten Spannbreite der politisch-militärischen Themen befaßt. Besonders beunruhigt waren sie über das schwindende Prestige des Militärdienstes, über die Probleme einer Strategiereform bei engem Finanzrahmen, über die künftige Struktur der Streitkräfte und über deren Beziehungen zur Kommunistischen Partei. Wie bereits erwähnt, hatte das Oberkommando nach den Krisen in Georgien und Aserbaidschan versucht, die Armee von Polizeieinsätzen im Inneren fernzuhalten. Ende 1990 änderten sowohl Jasow als auch Achromejew jedoch ihre Haltung in dieser Frage radikal. Im November wies Achromejew in der Sowjetskaja Rossija die beharrlichen Gerüchte über einen möglichen Putsch zurück (die im September und Oktober ihre Höhepunkt erreicht hatten), und sagte, die Armee werde jede Regierung, die mit verfassungsmäßigen Mitteln an die Macht gekommen sei, anerkennen, auch eine nicht-kommunistische. Er unterstrich jedoch gleichzeitig, daß die Armee jeden Befehl des Obersten Sowjet und des Präsidenten ausführen werde, um die Einheit der Nation zu gewährleisten, falls irgend jemand versuchen sollte, diese zu zerstören oder ihre soziale Ordnung mit ungesetzlichen Mitteln zu verändern.<sup>14</sup> Achromejew wollte damit klar zum Ausdruck bringen, daß die Armee die im Frühjahr verabschiedeten Gesetze zur Präsidialherrschaft durchsetzen werde, wenn es nötig sein sollte, obwohl das Gesetz eigentlich nicht zur Sicherung der in der sowjetischen Verfassung verankerten sozialistischen Ordnung vorgesehen war.

Der stärkste Druck seitens der Armee auf die politische Führung kam in dieser Zeit von Offizieren, die mit der Sojus (Union) Gruppe im Volkskongreß der Deputierten assoziiert

---

14 Komu meschajut generalu, in: Sowjetskaja Rossija, 11.11.90. Achromejew hat diese Position in einem Interview im April 1991 noch einmal wiederholt: Is the army defending itself?, in: New Times, Nr. 15, 16.-22. April 1991.

waren. Man muß jedoch festhalten, daß es auf dieser mittleren Ebene unterschiedliche Tendenzen in der Armee und ihren Randbereichen gab. Einerseits waren hier die "Kerle mit den Oberstenabzeichen" (ein Ausdruck Schewardnadses) oder die "Schwarzen Obersten" angesiedelt. Sie waren Sojus-Mitglieder, deren Kampagne gegen den Außenminister zu dessen Rücktritt beitrug, und von denen Schewardnadse annahm, daß sie von anderen, nicht näher bezeichneten politischen Kräften unterstützt wurden. Andererseits gab es Gruppen wie die inoffizielle Militärgewerkschaft Tschit (Schild), die im Oktober 1989 gegründet worden war. Sie war eine der Hauptquellen für die Beschuldigungen, nach denen das Oberkommando einen Militärputsch vorbereitete. Eine andere Gruppe militärischer Abgeordneter identifizierte sich mit Wladimir Lopatin, der zusammen mit zivilen Strategieexperten an einem Gesetzesentwurf für die Militärreform arbeitete, der als Alternative zu der Version des Verteidigungsministeriums gedacht war (siehe dazu auch Kapitel 4). Außerdem gab es das Komitee der Mütter von Soldaten, das sich Mitte 1989 gebildet hatte, und wegen der hohen Zahl von Todesfällen in den Streitkräften auch in Friedenszeiten Druck auf die Behörden ausübte. Im Frühjahr 1991 bildete sich eine weitere Organisation mit dem Namen "Soldaten für Demokratie". Dieses Anwachsen politischer Strömungen, die sich mit Fragen des Verhältnisses von Politik und Militär befaßten, läßt vermuten, daß die Prozesse innerhalb der Streitkräfte die politischen Differenzierungen widerspiegeln, die in der sowjetischen Gesellschaft als Ganzes auftraten.

Die Industrie-Vertreter des "militärisch-industriellen Komplexes" machten kein Hehl aus ihrer Unzufriedenheit. Die Anweisungen von oben, an Konversionsplänen mitzuarbeiten und sich auf Marktbedingungen einzustellen, bereiteten ihnen immense Schwierigkeiten. In einem offenen Brief an den Vorsitzenden des Obersten Sowjets, A.I. Lukjanow, der im September veröffentlicht wurde, beschwerten sich Vertreter militärisch-industrieller Schlüsselministerien über die vor ihnen stehenden Probleme: den Verlust ausgebildeten Personals, unterbrochene Versorgung und willkürliche Preiserhöhungen. Der Verteidigungsausschuß des Obersten Sowjets stand diesen Beschwerden offen gegenüber.<sup>15</sup> Obwohl Einzelheiten nicht bekannt sind, wird allgemein angenommen, daß sich diese Vertreter der Rüstungsindustrien im Oktober mit der Unionsregierung verbündeten (damals von Nikolai Ryschkow geführt), um Gorbatschow vom "Schatalin-Plan" abzubringen. Dieser Plan sah den Übergang zu Privatisierung, Dezentralisierung und Marktwirtschaft innerhalb von 500 Tagen vor. (Ich lasse hier die Stärken und Schwächen des Planes selbst außer Acht; in unserem Zusammenhang ist von Bedeutung, daß Gorbatschow anscheinend von seinen Kritikern aus der Rüstungsindustrie beeinflusst wurde.)

Neben den regulären Streitkräften spielten auch andere Teile des sowjetischen Sicherheitsapparates eine Rolle, vor allem das Innenministerium (MVD) und der Staatssicherheitsdienst (KGB). Die MVD-Truppen waren in einige der Polizeiaktionen zwischen 1988 und 1989 verwickelt und an vielen Stellen im Kaukasus stationiert. Anfang 1990 wurde bekannt gegeben, daß sie durch Rekrutierung von demobilisierten Angehörigen der regulären Streitkräfte verstärkt werden sollten, die auf der Basis von Zeitverträgen dienen würden. Ab 1987 wurden Spezialeinheiten gegen Aufruhr, die dem MVD unterstanden (OMON, Sondereinsatzkommandos), eingerichtet. Diese Einheiten waren für einige der blutigsten Aktio-

---

15 Siehe Prawda, 6.9.90, und Krasnaja Swjesda, 20.9.90.

nen im Baltikum im Frühjahr 1991 verantwortlich. Auch unter den zahlreichen Abteilungen des KGB gab es militärische Einheiten, insbesondere Grenz- und Spezialtruppen, insgesamt möglicherweise mehrere hunderttausend Mann. Es standen der politischen Führung also eine ganze Reihe von Zwangsinstrumenten neben den regulären Streitkräften zur Verfügung.<sup>16</sup>

Die Ansichten der KGB-Führung waren von derselben Bedeutung wie die des militärischen Oberkommandos, da der KGB ausdrücklich sowohl für den innenpolitischen Bereich als auch für äußere Spionage und Gegenspionage zuständig war. Der KGB hatte seine eigenen speziellen Abteilungen innerhalb der Streitkräfte, die ihm eine Schlüsselstellung für die Information der politischen Führung über alle Anzeichen militärischer Unzufriedenheit gaben und folglich auch die Möglichkeit, diese Kooperation zu verweigern. Der KGB war außerdem ausgiebig in die Unterdrückungsmaßnahmen der ethnischen Aufstände verwickelt und damit ein herausragendes Ziel des öffentlichen Unmuts im Baltikum und im Kaukasus. Der Apparat hatte einige Anstrengungen unternommen, um sein öffentliches Image innenpolitisch wie außenpolitisch aufzupolieren. So betonte er z.B. seine Rolle bei der Bekämpfung organisierter Kriminalität, des Drogenhandels und des Terrorismus. Er wurde jedoch von einigen hochrangigen Abtrünnigen aus den eigenen Reihen herausgefordert, die ihn als besonders rückständigen Teil des Partei-Staats-Apparates verurteilten. Bis Mitte 1991 hatte es tatsächlich wenig Änderungen im gesetzlichen Status und in der Macht des KGB gegeben, die in einigen Bereichen sogar noch ausgeweitet worden war - obwohl oft behauptet wurde, daß er politische Aktivitäten als solche nicht mehr untersuche.<sup>17</sup>

Auf dem 28. Parteitag warnte Generalmajor Wladimir Krjutschkow, der im September 1988 zum KGB-Chef ernannt worden war, es gebe immer noch eine reale militärische Bedrohung der UdSSR sowie eine Bedrohung der sowjetischen Macht aus dem Innern des Landes heraus (und das einige Monate, nachdem Artikel 6 aus der Verfassung gestrichen worden war). Er äußerte sogar die Befürchtung, aufgrund der wachsenden sozialen Spannungen im Lande könne eine neue Oktoberrevolution ausbrechen. Ende 1990 sprach Krjutschkow mehrfach öffentlich von den Gefahren des politischen und ökonomischen Chaos, das er auf das Land zukommen sah. Zustimmend zitierte er Äußerungen des amerikanischen Außenministers James Baker über die Gefahren der Anarchie in der UdSSR.<sup>18</sup>

---

16 J. C. Oliphant: Professional Turn for Interior Troops, (Soviet Studies Research Centre, RMA Sandhurst E26), Mai 1990; Mark Galeotti: Police and Paramilitaries: Public Order Forces and Resources, (Radio Liberty) Report on the USSR, Vol. 2, Nr. 23, 8. Juni 1990; Viktor Yasmann: The Power of the Soviet Internal Security Forces, (Radio Liberty) Report on the USSR, Vol. 2, Nr. 43, 26. Oktober 1990.

17 Vgl. Amy W. Knight: The Future of the KGB, in: Problems of Communism, Vol. XXXIX, Nr. 6, November/Dezember 1990. Im Frühjahr 1991 traf Boris Jelzin ein Abkommen mit dem KGB, um einen separaten Dienst für die RSFSR zu bilden, und der Oberste Sowjet der Union verabschiedete ein neues Gesetz zur Aufgabenstellung des KGB.

18 In einer Rede auf dem 28. Parteitag, Prawda, 5.7.90; ebenso im Dezember 1990 in einer Rede vor dem Kongreß der Volksdeputierten, Iswestia, 24.12.90.

Auch andere Personen und Gruppen, die versuchten die Politik der Führung zu mehr Unterstützung für die Streitkräfte zu bewegen, verstärkten in den letzten Monaten des Jahres 1990 ihren Druck. In einer besonders hitzigen Debatte des Obersten Sowjet Mitte Oktober beschuldigten Abgeordnete der Sojus-Gruppe Schewardnadse und das Außenministerium, eine Außenpolitik ohne Kontrolle durch den Obersten Sowjet zu betreiben. Sie beinhalte einseitige Konzessionen, die das Land künftigen revanchistischen Forderungen seitens des vereinigten Deutschland aussetzen würden.<sup>19</sup> Am 13. November kam es zu einem Treffen zwischen Gorbatschow und einigen militärischen Abgeordneten aus Unions- und lokalen Sowjets. Die meisten Sprecher schilderten detailliert die unmögliche Lage, in der sich die Armee in vielen Teilen des Landes befand: nationalistische Politiker riefen zu Desertion und Flucht vor der Einberufung auf und unterstützten Propaganda gegen die Armee; der Staat komme seiner Verpflichtung, für die Soldaten und ihre Angehörigen Wohnraum und Schulen zur Verfügung zu stellen, nicht nach; die Bevölkerung respektiere die Streitkräfte nicht mehr; die Gesetze des Obersten Sowjets würden nicht beachtet und der Zusammenbruch von Recht und Ordnung auf breiter Ebene erschwere den Grenztruppen die Arbeit und bedrohe die Souveränität des Landes. Die härteste Kritik an Gorbatschow lautete, der Präsident und die Regierung ließen der Armee nicht die Unterstützung zukommen, auf die sie Anspruch habe. V. Kostin aus Riga forderte Gorbatschow direkt heraus, indem er sagte: "Heute müssen wir ganz offen fragen: Brauchen die Regierung, das Volk und Sie als Präsident die Armee oder nicht? Wenn die Antwort Ja ist, dann kann es nicht so weitergehen wie bisher."<sup>20</sup> Die einzige Gegenstimme kam von Lopatin, der die Krise nicht leugnete, ihren ernstesten Aspekt jedoch darin sah, daß sie "die Armee politisch instabil und zu einer Gefahr für die Gesellschaft" mache.

Gorbatschows eigene Rede wurde, der Iswestija zufolge, mehrfach unterbrochen. Er verteidigte die Armee gegen die Beschuldigungen, sie plane einen Putsch, und er versicherte seinen Zuhörern, er verstehe ihre Sorgen; von einem Ende des Sozialismus könne keine Rede sein und die UdSSR brauche moderne, effiziente und starke Streitkräfte. Gleichzeitig bestand er auf der Notwendigkeit, die sowjetische Wirtschaft zu demilitarisieren und Militärreformen durchzuführen, in denen die vorgebrachten Probleme berücksichtigt und die Bedürfnisse der Armee befriedigt werden sollten.

Dieses Treffen kann den Präsidenten nicht im Zweifel über die Stärke der Ressentiments in der Armee und über das Mißtrauen vieler Offiziere gegenüber seinen eigenen Absichten gelassen haben. Zweifelsohne war genau das beabsichtigt. Aber seine vehementesten Kritiker beließen es nicht dabei: Am nächsten Tag stellte Oberst Alksnis (von der Sojus-Gruppe) das Treffen so dar, als sei dem Präsidenten die Unterstützung der Armee entzogen worden, und am 18. November warnte Alksnis Gorbatschow, wenn er nicht innerhalb von 30 Tagen die Ordnung im Lande wiederhergestellt habe, werde auf dem nächsten Kongreß der Volksdeputierten die Frage seines Rücktritts beraten.<sup>21</sup> Marschall Jasow fand offensichtlich, daß das zu weit ging; er scheint kurz darauf Alksnis und seinen Kollegen

---

19 Kommunist Woorushennyh sil, 24.12.1990.

20 Kostin wird in der: Prawda vom 16.11.90 zitiert; der ausführlichste Bericht über das Treffen findet sich in: Krasnaja Swjesda, 15.11.90.

21 Die Reden von Alksnis sind in: Iswestia, vom 15.11. und 18.11.90 zu finden.



Petruschenko zu einem Gespräch geladen zu haben, in dem er Sojus zu einer Mäßigung der Kritik am Präsidenten riet.<sup>22</sup> Man muß jedoch davon ausgehen, daß es gut in die politischen Pläne von Marschall Jasow paßte, Alksnis' Forderungen als Beweis für die kaum noch kontrollierbare Unzufriedenheit in den mittleren Rängen der Armee anführen zu können. Alksnis selber behauptete, Jasow habe seine Rüge mit deutlich erkennbaren Hintergedanken ausgesprochen.

Als direkte Reaktion auf diese Herausforderungen und die allgemeine Unzufriedenheit im Obersten Sowjet drückte Gorbatschow eine neue Serie von Verfassungsänderungen durch. Dazu gehörte die Abschaffung des Präsidialrates (der seit März existierte) und die Aufwertung der Macht des Föderationsrates, die Einrichtung eines nationalen Sicherheitsrates und die Abwertung des Ministerrates zu einem "Kabinett der Minister". Gorbatschow wies auch Alksnis' Darstellung seines Verhältnisses zur Armee zurück, die er ein "Kind des Volkes" nannte, und er versprach ihr mehr Macht, die ihr Prestige sichern und ihr erlauben sollte, ihren Aufgaben gerecht zu werden.<sup>23</sup>

Die angekündigten Maßnahmen ließen nicht lange auf sich warten. Ende November unterzeichnete der Präsident einen Erlaß, der die lokalen Behörden vor einer Diskriminierung der Soldaten und ihrer Familien bei der Vergabe von Stellen, medizinischen und sozialen Leistungen warnte. Marschall Jasow gab im Fernsehen bekannt, die Nuklearstreitkräfte der UdSSR dürften unter keinen Umständen in unbefugte Hände fallen; die Streitkräfte seien in Zukunft berechtigt, sich mit Waffengewalt gegen Druck oder bewaffnete Angriffe auf sie selber, auf militärische Einrichtungen oder auf Munitionslager zu verteidigen. Ebenso seien sie berechtigt, zivile Einrichtungen unter ihre Kontrolle zu bringen, wenn diese den militärischen Einrichtungen illegal die Strom- oder Wasserversorgung abdrehen. Außerdem sollten fortan militärische Denkmale und Gräber geschützt werden. Schließlich widersprach Jasow erneut den Gerüchten über einen bevorstehenden Putsch und wiederholte, daß die Streitkräfte der Perestrojka und dem Präsidenten gegenüber loyal seien.<sup>24</sup> Einige Tage später wurde der Innenminister, Wadim Bakatin, ausgewechselt, nachdem auch er von Sojus-Abgeordneten kritisiert worden war. Am 1. Dezember unterschrieb Gorbatschow einen noch wichtigeren Präsidentenerlaß, in dem nicht namentlich genannte Republiken verurteilt wurden, weil sie die Streitkräfte unterminierten, indem sie der Flucht vor der Einberufung und der Desertion Vorschub leisteten und zum Eintritt in eigene bewaffnete Formationen aufriefen. Jede Gesetzgebung der Republiken, die den Unionsgesetzen widersprach, wurde für ungültig erklärt. Dem Verteidigungsministerium und dem KGB wurde die Verantwortung übertragen, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das ungestörte Funktionieren der Streitkräfte und die Sicherheit der UdSSR zu gewährleisten. Institutionen oder Bürger, die ihren Verpflichtungen im Rahmen der Verteidigung der UdSSR nicht nachkamen, sollten vor den Staatsanwalt gebracht werden.<sup>25</sup>

---

22 Elfie Siegel: KGB und Armee mischen jetzt mit, Frankfurter Rundschau, 4.12.90.

23 Gorbatschows Reden sind abgedruckt in: Prawda, 17.11. und 18.11.90.

24 Beide Texte in: Krasnaja Swjesda, 28.11.90.

25 Krasnaja Swjesda, 2.12.90.

Die Konflikte im Verhältnis zwischen Gesellschaft, Politik und Militär, auf die sich diese Erlasse bezogen, waren ernst genug (vgl. Kapitel 3 zur Situation in den einzelnen Republiken). Die Ereignisse und Erlasse vom November und Dezember 1990 deuteten jedoch darauf hin, daß die politische Führung durch eine Machtdemonstration mit diesen Konflikten fertig werden wollte. Damit konnte sie vielleicht die militärischen Kritiker kurzfristig beruhigen, aber die den Konflikten zu Grunde liegenden politischen Spannungen kaum lösen. Eduard Schewardnadse teilte diese Einschätzung, wie sein Rücktritt am 20. Dezember deutlich machte.<sup>26</sup> Seine Rücktrittsrede befaßte sich vor allem mit Vorwürfen, die wegen der sowjetischen Politik in der Golfkrise und wegen angeblich einseitiger Konzessionen in Europa gegen ihn erhoben waren. Obwohl er seine persönliche Loyalität gegenüber Gorbatschow betonte, sah er in den abschließenden Sätzen seiner Rede doch die Gefahr, Gorbatschow könne auf Geheiß derselben Kräfte, die hinter den Attacken der Sojus-Abgeordneten auf ihn selber und das Außenministerium standen, zu einem diktatorischen Regime übergehen.

Schewardnadses Befürchtungen schienen von den Ereignissen in den baltischen Republiken im Januar 1991 bestätigt zu werden. Am 7. Januar hatte das Verteidigungsministerium bekannt gegeben, daß Fallschirmtruppen zu "zusätzlichen Maßnahmen" greifen würden, um die Beachtung der Einziehungsregeln durch die lokalen Behörden sicherzustellen.<sup>27</sup> Bereits vor wie auch nach Erlaß dieses Befehls besetzten Militäreinheiten eine Reihe von öffentlichen Gebäuden in Lettland und Litauen. Am 10. Januar warf Gorbatschow der litauischen Führung vor, sie wolle in der Republik die bürgerliche Ordnung wieder einführen, und am folgenden Tag wurde die Bildung eines "Nationalen Rettungskomitees" bekanntgegeben. (Am 11. Januar wurde eine 30 prozentige Steigerung des Verteidigungshaushalts für 1991 beschlossen, angeblich um Preissteigerungen auszugleichen.) Das Komitee behauptete, die Kontrolle in Litauen übernommen zu haben und verlangte den Übergang zur Präsidentialherrschaft durch die Zentrale. Der Angriff auf die Fernseh- und Radiostation von Vilnius folgte in der Nacht vom 12. zum 13. Januar, ausgeführt offenbar von regulären Truppen der Garnison in Vilnius. Eines der Opfer wurde von einem Panzer überfahren, die anderen starben an Schußverletzungen; ein Opfer war Angehöriger der Streitkräfte und wurde später als KGB-Offizier identifiziert, der der Armee beigeordnet worden war.<sup>28</sup>

Bei den darauf folgenden Zwischenfällen an anderen Orten im Baltikum erklärte ein ähnliches lettisches "Rettungskomitee", es habe die Regierung der Republik übernommen, und vier Letten wurden im Verlauf eines Angriffs von OMON-Einheiten des Unions-Innenministeriums ("Schwarze Barette") auf das lettische Innenministerium getötet. Angesichts des Widerstandes im Baltikum und der Proteste sowohl aus dem Westen als auch aus der UdSSR selbst, beruhigte sich die Lage Ende Januar etwas, und die Sicherheitskräfte wurden angewiesen, einige der besetzten Gebäude wieder zu räumen. Falls der Einsatz von Truppen zur Durchsetzung der Wehrpflicht als Vorbereitung für den Sturz der politischen Führung

26 Schewardnadses Rücktrittsrede ist abgedruckt in: *Iswestia*, 21.12.90.

27 *Krasnaja Swjesda*, 8.1.91.

28 Eine detaillierte Aufstellung der Ereignisse findet sich in: (Radio Liberty) Report on the USSR, Vol. 3, Nr. 4, vom 25.1.1991 und den nachfolgenden Nummern.

im Baltikum oder für den Übergang zur Präsidialherrschaft gedacht gewesen war, dann scheint dieser Versuch aufgegeben worden zu sein.

Die sowjetische Führung bestritt in ihrer Darstellung der Ereignisse, die Befehle zum Einsatz von Gewalt seien aus Moskau gekommen. Gorbatschow, Marschall Jasow und der neue Innenminister, Boris Pugo, behaupteten, dem örtlichen Garnisonskommandeur unterstellte Streitkräfte hätten auf Anfrage des litauischen Nationalen Rettungskomitees hin gehandelt, um antisowjetische Propaganda in den litauischen Medien zu bekämpfen. Dieser Version zufolge hatten die Streitkräfte das Feuer erst eröffnet, nachdem sie selber beschossen worden waren - eine Darstellung, die keiner der anwesenden ausländischen Journalisten bestätigt wollte.<sup>29</sup> Es wurde eine Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft angekündigt, deren Bericht im Juni diese Darstellung praktisch wiederholte und die Streitkräfte erneut entlastete: die litauische Regierung habe zahlreiche illegale Maßnahmen durchgeführt; die Truppen hätten auf Forderung des Nationalen Rettungskomitees die Ordnung wiederherstellen wollen und seien von der Menge angegriffen worden; die Opfer seien nicht durch die Armee umgekommen, sondern von Autos überfahren oder von litauischen Nationalisten erschossen worden.<sup>30</sup>

Es gibt bis heute eine Reihe von Aspekten bei diesen Ereignissen, die nicht zufriedenstellend geklärt sind. Falls Gorbatschow tatsächlich der Armee und dem MVD den Befehl gab, ohne Rücksicht auf Kosten an Menschenleben die Autorität der Zentrale wiederherzustellen, dann war der Versuch schlecht koordiniert und halbherzig ausgeführt, denn er blieb unterhalb der für einen Sturz der baltischen Führungen erforderlichen Gewaltschwelle. Wenn er jedoch den Befehl zu dieser oder zu einer begrenzteren Aktion nicht gegeben hat, kann man nur den Schluß ziehen, daß Teile der Sicherheitskräfte sich der zentralen Kontrolle entzogen hatten. Marschall Jasow hat das beinahe zugegeben als er sagte, er kenne zwar die Mitglieder des Nationalen Rettungskomitees nicht, der lokale Garnisonskommandeur habe jedoch Recht daran getan, das Komitee gegen die litauische Führung zu unterstützen.

Oberst Alksnis behauptete in mehreren Interviews, Gorbatschow sei an der Bildung des Komitees beteiligt gewesen und habe versprochen, die Präsidialherrschaft in Litauen einzuführen, habe aber dann den Rückzug angetreten und diejenigen verraten, die sich auf ihn verlassen hatten. Alksnis sagte dem ganzen Land Bürgerkrieg voraus und warnte, die Armee könnte gegen die politische Führung rebellieren.<sup>31</sup> Die unmittelbaren Folgen der Krise hätten für Gorbatschow nicht schlimmer sein können: auf der einen Seite der Verdacht des Westens und der sowjetischen Liberalen, daß er sich bewußt mit der Politik militärischer Repression identifizierte, und auf der anderen Seite der Verdacht der sowjetischen Verfechter einer "harten Hand", daß er diese Politik nicht ernst meine. Ob-

---

29 Iswestia, 14.1. und 15.1.91, aber auch in: Soviet News, 16.1.91.

30 Vgl. John Retties Zusammenfassung, in: The Guardian, 4.6.91 und Wladimir Didusenko: The procurator's final word, in: New Times, Nr. 24, 18.-24. Juni 1991.

31 Argumenty i fakty, Nr. 4, Januar 1991. Diese Behauptung hat Alksnis in einigen Interviews mit westlichen Zeitungen wiederholt.

wohl die Angaben von Alksnis nicht bestätigt worden sind, entbehren sie nicht einer gewissen Plausibilität.

Gorbatschow hat nach der Krise mehrfach bestritten, er habe die Präsidialherrschaft einführen wollen und er milderte seine Kommentare zum Baltikum ab. Er bestand außerdem darauf, daß es weder in seiner Innen- noch in seiner Außenpolitik eine grundsätzliche Änderung gebe. Dennoch blieb die Rolle der Armee in der Innenpolitik deutlich erkennbar, denn Ende Januar wurden gemeinsame Partei- und Armeepatrouillen in einigen Städten eingesetzt, vorgeblich als Teil einer Kampagne zur Verbrechensprävention.<sup>32</sup> Der Widerstand der Behörden von Republiken und Städten hatte jedoch zur Folge, daß diese Maßnahmen nur teilweise durchgeführt werden konnten.

Es kann kaum Zweifel daran geben, daß der vereinte Einfluß der Militärführung, der Industrievertreter des militärisch-industriellen Komplexes und der militanteren jüngeren Offiziere Gorbatschow im Winter 1990-91 zu einer stärkeren Unterstützung der militärischen Interessen in der Innenpolitik trieb. Diese politischen Akteure waren - mit Unterschieden im einzelnen - alle alarmiert von den dramatischen Veränderungen im Bereich der äußeren Sicherheit der UdSSR und die offensichtliche Bedrohung der inneren Einheit, die aus dem gleichermaßen spektakulären Prozeß der Demokratisierung in verschiedenen Unionsrepubliken erwachsen war. Man kann dieses Einschwenken auf die Forderungen des verbitterten militärischen Establishments als unvermeidliche Reaktion einer politischen Führung verstehen, die versucht, die unvorhergesehenen Konsequenzen eines Reformprojektes unter Kontrolle zu bringen, das ohne jeden Gedanken an die Möglichkeit, es könne die Integrität des Staates selbst gefährden, begonnen worden war. Gorbatschow hatte die Wahl zwischen einer eindeutigen Identifikation mit der instinktiven Neigung der Militärs zur Erhaltung des Zentralstaates einerseits und der Anerkennung seiner eigenen Rolle in der sowjetischen Geschichte als der eines führenden Übergangspolitikers andererseits, der den Weg für radikale Veränderungen in der Struktur des Staates und möglicherweise sogar zu dessen Auflösung frei machte.

Gorbatschows Haltung während und nach der baltischen Krise im Frühjahr 1991 läßt vermuten, daß er immer noch hoffte, einen Mittelweg zwischen diesen beiden Optionen zu finden. Die Möglichkeit, daß Moskau die Befehle im Januar nicht erteilt hatte, erscheint plausibler, als Militär- und MVD-Einheiten auch weiterhin kleinere Operationen im Baltikum durchführten. Im Mai gab es eine Reihe von Angriffen auf lettische Grenzposten, und im Juni besetzten MVD-Einheiten zeitweilig die Telefonzentrale in Vilnius. Diese Aktionen wurden von Gorbatschows Pressesprecher als "Provokation" verurteilt. Im Juli wurden 6 Zöllner an der Grenze zwischen Litauen und Weißrußland von Unbekannten getötet. Die zentralen Behörden lehnten sofort jede Verantwortung für diesen Angriff ab und kondolierten den Betroffenen. Aber selbst wenn Moskaus Dementi echt ist, war die Möglichkeit, daß Teile der Sicherheitskräfte ohne wirksame Kontrolle oder Sanktionsmöglichkeiten operierten, nicht gerade angenehm. Die politische Führung war den Forderungen

---

32 Der Präsidentenerlaß mit diesen Anordnungen wurde Ende Januar veröffentlicht, aber der ursprüngliche Befehl von MVD und Verteidigungsministerium trug das Datum des 29. Dezember. Vgl.: *Iswestia*, 30.1.91 und: *Argumenty i fakty*, Nr. 5, Februar 1991.

**ihrer militantesten Kritiker, nämlich: ihre Macht voll zu nutzen und die Präsidentialherrschaft einzusetzen, nicht gefolgt, aber sie hatte offensichtlich die Kontrolle über bedeutende Teile ihres Sicherheitsapparates verloren. Unter diesen Umständen schienen die beharrlichen Gerüchte über einen möglichen Militärputsch nicht ganz aus der Luft gegriffen.**

### 3. Die Militärpolitik und die Union (bis September 1991)

Die Ereignisse im Baltikum zeigten, daß die Krise in den Beziehungen zwischen Politik und Militär aufs engste mit der Frage nach der künftigen Gestalt der Sowjetunion verknüpft war. Aus der Sicht der Republiken entwickelten sich die Konflikte zwischen Zentrum und Peripherie großenteils aus den Versuchen, ihre Beziehungen zu den zentralisierten militärischen Strukturen des Staates zu verändern oder sich ganz von der UdSSR zu lösen. Aus Sicht des militärischen Establishments machte es für die Militärstrategie wie für die Organisation der Streitkräfte einen großen Unterschied, ob ihre Aufgabe künftig die Verteidigung des Staates in seinen bestehenden Grenzen oder irgendeiner kleineren territorialen Einheit sein würde - möglicherweise sogar mit einem völlig anderen politischen und ökonomischen System. Dazu kam, daß derartige Probleme nicht auf die Republiken am Rande der UdSSR beschränkt blieben, sondern im Zusammenhang mit dem Streben nach Souveränität der RSFSR unter Boris Jelzin auch für das Kerngebiet relevant wurden.

Die Entwicklung nahm in den verschiedenen Regionen des Landes unterschiedliche Formen an. 1988 und auch 1989 verteidigte die Militärführung durchgängig das Prinzip des "extra-territorialen" Militärdienstes gegen Forderungen aus dem Baltikum und dem Kaukasus, die Wehrpflichtigen nicht zu einem Dienst in Einheiten außerhalb ihrer Republik zu zwingen. Es gab zwar Konzessionen von seiten der Militärs, aber sie liefen immer Gefahr, hinter den Forderungen der Öffentlichkeit zurückzubleiben. Die militanteren Nationalisten in einer Reihe von Republiken wollten keinen Kompromiß, sondern Unabhängigkeit von der UdSSR und die Bildung eigener nationaler Streitkräfte.

Am 11. März 1990 erklärte der Oberste Sowjet Litauens die Unabhängigkeit des Landes aus der Zeit vor 1940 für wiederhergestellt und setzte die sowjetische Verfassung für das litauische Territorium außer Kraft. Am nächsten Tag wurde vor allem das Gesetz zur allgemeinen Wehrpflicht in Litauen annulliert. Damit begann eine neue Phase in der Krise zwischen Zentrum und Peripherie.<sup>33</sup> Unmittelbar nach der litauischen Unabhängigkeitserklärung kam es in Vilnius zu Konfrontationen, als sowjetische Truppen versuchten, Deserteure zu stellen; eine Art Kostprobe für die Ereignisse im Januar 1991. Lettland und Estland gingen moderater vor. Estland beschloß, auf die Wiederherstellung der Unabhängigkeit hinzuwirken, während Lettland seine unabhängige Verfassung von 1922 wiedereinsetzte, aber das sowjetische Zivil- und Strafrecht in Kraft ließ. Die Regierungen der Republiken argumentierten aber alle, ihre Länder seien niemals legal Mitglieder der UdSSR geworden. (Estland hatte als erste Republik im November 1988 eine Unabhängigkeitserklärung angenommen, die den Gesetzen der Republik Vorrang vor den Unionsgesetzen verschaffte. Zu diesem Zeitpunkt wurde allerdings die Souveränität noch als vereinbar mit dem Erhalt der Union angesehen.)

---

33 Soglasije [Vilnius] 11 (33), 12.-18.3.90. Vgl. genauere Untersuchungen der Nationalitätenkrise in der sowjetischen Geschichte und in der Perestrojka Periode bei: Bohdau Nahajlo und Viktor Swoboda: *Soviet Disunion: A History of the Nationalities Problem in the USSR*, London 1990; Gerhard Simon: *Die Desintegration der Sowjetunion durch Nationen und Republiken*, Bericht des BIOst 25/1991, Köln; Hélène Carrère d'Encausse, *La gloire des nations, ou la fin de l'Empire soviétique*, Paris 1991.

Die neuen politischen Führungen im Baltikum versuchten, sich durch gesetzgeberische und organisatorische Maßnahmen aus dem sowjetischen Militärsystem zu befreien. Sie schienen jedoch in einer militärischen Verteidigung ihrer Grenzen kein Mittel zu sehen, ihren Anspruch auf Unabhängigkeit effektiver voranzutreiben. Da die sowjetischen Streitkräfte nicht ohne massiven Einsatz von Gewalt aus dem Baltikum vertrieben werden konnten, wäre ein solches Vorgehen auf jeden Fall unrealistisch gewesen. Obwohl der litauischen Führung unter Präsident Landsbergis oft vorgeworfen wurde, sie sei Moskau gegenüber zu keinerlei Kompromissen bereit (Premierministerin Kazimiera Prunskiene trat Anfang Januar 1991 offensichtlich aus Protest darüber zurück), schien ihr immerhin klar zu sein, daß der Austritt Litauens aus der UdSSR von einer institutionellen Regelung abhing und nicht von einer Verteidigung der Grenze. In den kaukasischen Republiken Armenien und Georgien ging die Unabhängigkeitsbewegung deutlicher mit der Aufstellung eigener militärischer Einheiten einher, die die neuen politischen Organe schützen sollten. Hier wurde die Lage jedoch durch militärische Konflikte zwischen verschiedenen Republiken (Armenien und Aserbaidschan), und durch Konflikte innerhalb einzelner Republiken (z.B. zwischen der georgischen Regierung und Süd-Ossetien) kompliziert.

Nach der Annullierung des sowjetischen Wehrpflichtgesetzes ging die litauische Führung bei der Einführung eines separaten Grenzschutzes und einer eigenen Streitmacht relativ vorsichtig vor. Im November 1990 wurde zwar ein Gesetz über den Dienst beim Nationalen Verteidigungsministerium Litauens erlassen, aber keine Waffen an diejenigen verteilt, die sich zu diesem Dienst verpflichteten. In Lettland und Estland wurden Gesetze erlassen, die einen alternativen Zivildienst ermöglichten, und Estland unternahm auch Schritte auf dem Weg zu einer Aufstellung paramilitärischer Einheiten. Die Vertreter Estlands diskutierten jedoch weiterhin mit ihren sowjetischen Kollegen über diese Fragen und vermieden eine offene Konfrontation.

Aus rein militärischer Perspektive waren die strategischen Interessen der sowjetischen Streitkräfte im Baltikum allein gravierend genug - die Region spielte insbesondere für die nationale Luftverteidigung eine große Rolle und es gab wichtige Marinebasen in Klaipeda in Litauen und in Baltiisk bei Kaliningrad (das in einer Exklave der RSFSR zwischen Litauen, Polen und der Ostsee liegt). In Baltiisk liegt das Hauptquartier der baltischen Flotte und außerdem ist Baltiisk der einzige Ostseehafen, der im Winter eisfrei bleibt. Nun wurden sowohl in Litauen wie auch in Lettland die sowjetischen Streitkräfte offiziell zur "Besatzungsarmee" erklärt, und es kam wiederholt zu Reibereien zwischen lokalen und Militärbehörden in Angelegenheiten, die nicht nur die Militärstandorte betrafen, sondern die russische Bevölkerung der Region insgesamt - z.B. im Zusammenhang mit Gesetzen über Einwanderung und Staatsbürgerschaft.<sup>34</sup>

Nimmt man den Rückgang der Rekrutenzahlen in den baltischen Republiken hinzu, dann ist klar, daß das sowjetische Militär Ende 1990 im Baltikum mit einer ernsthaften Bedrohung seiner Interessen konfrontiert war. Keineswegs standen ihm jedoch organisierte und gut ausgerüstete Armeen der Republiken gegenüber, wie man aus einer oberflächlichen Lektüre der

---

34 Einige dieser Kontroversen werden untersucht bei: Riina Kionka: Are the Baltic Laws Discriminatory?, (Radio Liberty) Report on the USSR, Vol. 3, Nr. 15, 12.4.1991.

sowjetischen Militärpresse hätte schließen können und wie die Präsidentenerlasse vom Dezember und Januar vermuten ließen. Die Aktionen der Armee und des MVD in Vilnius und Riga verschärften eine Konfliktlage, die mit ein wenig Kompromißbereitschaft vielleicht hätte entschärft werden können.

Im Süden der UdSSR war die Lage in verschiedener Hinsicht weit ernster. Armenien und Aserbaidschan waren Ende 1989 nahe am Krieg, und in Armenien hatten sich viele bewaffnete Gruppen gebildet. Im Mai 1990 kam es zu einem schweren bewaffneten Zusammenstoß zwischen sowjetischen Truppen und armenischen Nationalisten in Eriwan, in dessen Verlauf mehr als 20 Menschen getötet wurden. Im selben Monat scherte Armenien aus der Frühjahrs-Einberufung der Wehrpflichtigen aus. Im Juli erließ Gorbatschow ein Dekret, das vor allem auf Armenien gemünzt war und die Aufstellung von bewaffneten Einheiten verbot, wenn sie gegen die Gesetze der UdSSR verstieß. Für den Fall, daß die entsprechenden Einheiten sich nicht innerhalb von 15 Tagen auflösten und ihre Waffen ablieferten, wurde der Einsatz von Truppen des MVD, des Verteidigungsministeriums und des KGB zur Durchsetzung des Dekrets angedroht.<sup>35</sup> Im August schlug der Führer der pan-nationalen Bewegung Armeniens, Levon Ter-Petrosjan, den Kandidaten der KP in den armenischen Präsidentschaftswahlen. Ende August nahm das Parlament eine Unabhängigkeitserklärung an, die allerdings keinen genauen Zeitpunkt für die Errichtung der Unabhängigkeit bestimmte. Ter-Petrosjan und Gorbatschow kamen zu einem Kompromiß, wonach die armenischen Behörden selbst die armenische "Nationalarmee" entwaffnen würden. Andere rivalisierende Einheiten würden legal Staatsorganen wie etwa dem MVD der Republik angeschlossen. Ob diese Übereinkunft von der armenischen Seite eingehalten wurde, ist nicht bekannt. Jedenfalls brachen im Mai 1991 erneut Kämpfe an der armenisch-aserbaidschanischen Grenze aus. Die sowjetischen und aserbaidschanischen Behörden stellten diese Zusammenstöße als einen weiteren Versuch dar, illegale Formationen, die sich nicht aufgelöst hatten, zu entwaffnen. Die Armenier betrachteten sie dagegen als unprovokeden Angriff durch Truppen des sowjetischen Verteidigungsministeriums und des aserbaidschanischen Innenministeriums, mit dem Armenien für seine Unabhängigkeitserklärung bestraft werden sollte. (Armenien hatte im Gegensatz zu Aserbaidschan das "9+1" Abkommen von April 1991 zwischen Gorbatschow und 9 der Republiken nicht unterzeichnet.)

In Georgien wurde im Oktober 1990 der frühere Dissident Swiad Gamsachurdia Präsident der Republik. Im Wahlkampf war es zu Schießereien zwischen Anhängern von Gamsachurdias "Rundem Tisch Freies Georgien" und anderen Nationalisten gekommen, die die Wahlen boykottierten. Die neue Regierung formulierte zunächst eine Politik, die nach einer fünfjährigen Übergangsperiode zur Unabhängigkeit führen sollte. Dieser Zeitplan wurde jedoch im April 1991 beschleunigt, nachdem ein Referendum zugunsten der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Georgiens, so wie sie 1918 bestanden hatte, ausgefallen war. Nach einer formalen Unabhängigkeitserklärung wurde Gamsachurdia wiedergewählt; er erhielt gleichzeitig das Recht zur Kriegserklärung und zur Ausrufung des Notstands in der Republik.

---

35 Krasnaja Swjesda, 26.7.90.



Im November 1990 wurde die Wehrpflicht für den Dienst in der sowjetischen Armee vom georgischen Parlament abgeschafft, und im Januar 1991 fiel der Beschluß, während der Übergangsperiode zur Unabhängigkeit eine georgische "Nationalgarde" aufzustellen. Im Dezember widerrief das Parlament einen früheren Beschluß, der in der ethnisch gemischten Republik Georgien den Status autonomer Regionen sichern sollte. Es schaffte die Autonome Region Süd-Ossetien ab und rief dort den Notstand aus. Das führte zu anhaltenden Spannungen und zu Blutvergießen in der Region, woraufhin der Oberste Sowjet in Moskau im April 1991 seinerseits den Notstand für Süd-Ossetien erklärte. Das Beispiel Georgiens zeigt, daß einige Aspekte der politisch-militärischen Krise der UdSSR kaum etwas mit mehr oder weniger legitimen Beschwerden der Republiken gegen das "Zentrum" der Union in Moskau zu tun hatten. Die autoritäre und chauvinistische Herrschaft Gamsachurdias hatte schnell den Verlust der Sympathien der liberalen Moskauer Presse und der meisten westlichen Kommentatoren zur Folge, die normalerweise die Republiken unterstützten.<sup>36</sup>

Zwischen dem Baltikum und dem Kaukasus liegen (geographisch wie politisch) einige Republiken, die zu dieser Zeit die Unabhängigkeit nicht direkt anstrebten und nicht so stark von innerer Gewalt betroffen waren. Aber selbst in diesen Republiken war der Anspruch auf Souveränität eng mit Versuchen verknüpft, die Beziehungen zu den zentralen Militärstrukturen der Union zu verändern. Das ukrainische Parlament nahm im Juli 1990 eine Unabhängigkeitserklärung an, in der das Recht der Republik auf eine eigene Armee und eigene Sicherheitskräfte betont und die Absicht bekannt gegeben wurde, ein atomwaffenfreier Staat zu werden. Auf dieses Kompromißpapier hatten sich die nationalistische Bewegung Rukh und die ukrainische KP verständigt. Es endete mit der Forderung nach einem neuen Unionsvertrag.<sup>37</sup> Die Wehrpflichtgesetze der Union wurden nicht annulliert, aber es wurde ein Gesetz verabschiedet, nach dem die ukrainischen Wehrpflichtigen nur innerhalb der Republik dienen sollten. Rukh blieb der Idee einer ukrainischen Armee verpflichtet. Das sowjetische Oberkommando hat offenbar seine ursprünglich ablehnende Haltung zu dem ukrainischen Wunsch, die Stationierung der ukrainischen Wehrpflichtigen zu kontrollieren, bald abgeschwächt.<sup>38</sup>

Die weißrussische Unabhängigkeitserklärung folgte direkt auf die ukrainische und enthielt dieselben Bestimmungen über weißrussische Streitkräfte, Neutralität und den atomwaffenfreien Status. Zusammen mit seiner Unabhängigkeitserklärung hat Kasachstan im Oktober 1990 eine Erklärung gegen künftige Atomtests auf dem Territorium der Republik verabschiedet.<sup>39</sup> Auch Usbekistan unternahm Schritte, die den Einsatz von Wehrpflichtigen außerhalb der Republik verhindern sollten.

---

36 Zum Beispiel: Alexander Uljukajew: Political geometry, in: Moscow News, Nr. 12, 24.-31. März 1991; Elizabeth Fuller: Georgia Declares Independence, (Radio Liberty) Report on the USSR, Vol. 3, Nr. 16, 19. April 1991, und: The Georgian Presidential Elections, (Radio Liberty) Report on the USSR, Vol. 3, Nr. 23, 7. Juni 1991.

37 Der Text ist abgedruckt in: Labour Focus on Eastern Europe, Nr. 2, Juli-Oktober 1990.

38 Christian Schmidt-Häuer: Die rote Armee - bald zweigeteilt?, in: Die Zeit, Nr. 44, 26.10.90.

39 Frankfurter Rundschau, 27.10.90.

Obwohl Moldawien sich nicht direkt für unabhängig, sondern nur für souverän erklärte, unternahm es einige Schritte, die es mehr in die Nähe des baltisch-kaukasischen Lagers rückten als in die der moderaten Republiken. Nach der Souveränitätserklärung im Juni 1990 wurde das sowjetische Wehrpflichtgesetz abgeschafft und im Frühjahr 1990 waren Pläne zur Bildung einer republikanischen Nationalgarde und MVD-Kräften ("Carabinieri") schon weit gediehen. Die moldawische Führung trat für eine Konföderation unabhängiger Staaten anstelle eines neuen Unionsvertrages ein. Sie beteiligte sich weder an dem Referendum über die Zukunft der Union vom März 1991 noch an dem "9+1" Abkommen vom April 1991. (Auch Moldawien ist eine ethnisch-politisch gemischte Republik, was bis jetzt aber noch nicht zu Gewalttaten ähnlicher Intensität wie der im Kaukasus geführt hat.)

Der RSFSR oder Russischen Föderation, der größten der Unionsrepubliken, fiel nach der Wahl von Boris Jelzin zum Präsidenten (früher ein relativ unbedeutender Posten) durch den Obersten Sowjet der Republik im Mai 1990 eine Schlüsselrolle für die Zukunft der Union zu. 1990-91 drehte sich auf der politischen Tagesordnung der Sowjetunion so viel um die wechselhaften Beziehungen zwischen Gorbatschow und Jelzin und um Spekulationen über die Wahrscheinlichkeit von Konfrontation oder Kompromiß zwischen den beiden, daß es schwer fällt, die Beziehungen zwischen der RSFSR und dem Zentrum anders als in diesen persönlichen Kategorien darzustellen. Die Unabhängigkeitserklärung der RSFSR erfolgte am 11. Juni 1990, und obwohl die Kontroversen zwischen der RSFSR und dem Zentrum in der Zeit vor dem Putsch vor allem Fragen der politischen und ökonomischen Souveränität betrafen, kam es auch in militärischen Angelegenheiten gelegentlich zu Auseinandersetzungen.

In seiner Autobiographie (1989 geschrieben) sprach Jelzin davon, daß er in seiner Swerdlowsker Zeit gute Beziehungen zur Militärführung des Militärdistrikts Ural unterhalten und viel Unterstützung von seiten der Arbeiter der sowjetischen Rüstungsindustrie bekommen hätte. Er machte auch einige, wenig schmeichelhafte, Bemerkungen über General (später Marschall) Jasow:

"Wenn dieser General klassischer russischer Prägung über die Zivilbevölkerung des Landes nachdenkt, möchte er wohl in seinem tiefsten Innern am liebsten jeden einzelnen Erwachsenen zu lebenslänglichem Militärdienst verpflichten. Ich übertreibe natürlich, aber persönlich ziehe ich das amerikanische System vor, in dem der Verteidigungsminister ein Zivilist sein muß."<sup>40</sup>

In seinen Bemerkungen und Initiativen zur Militärpolitik folgte Jelzin Tendenzen aus dem Lager der Liberalen und Reformer, achtete aber darauf, sich die herrschende Militärführung nicht gänzlich zum Feind zu machen.

Im Verlauf des Jahres 1990 erklärte Jelzin bei verschiedenen Gelegenheiten, daß er eine Professionalisierung und "Entparteilichung" der Streitkräfte und die Einführung eines alternativen Zivildienstes befürworte. Er sprach sich außerdem gegen die Bildung von separaten Armeen in den Republiken aus, und er wies die Ansicht zurück, derzufolge die

---

40 Boris Jelzin: *Against the Grain: An Autobiography*, New York 1990, S. 151.

Armee eine unverbesserlich konservative Kraft sei.<sup>41</sup> Nachdem Gorbatschow den Schatalin-Plan abgelehnt hatte, drohte Jelzin gleichwohl damit, daß Rußland eine eigene Währung und eigene Zölle einführen sowie eine eigene Armee aufstellen werde. Der erste Entwurf für die neue Verfassung der RSFSR, der im November veröffentlicht wurde, sah dann auch separate russische Streitkräfte vor. Der Entwurf enthielt die Bestimmung, daß diesen Streitkräften die Umwälzung der demokratischen Ordnung verboten sein werde und daß ihnen ein ziviler Verteidigungsminister vorstehen werde.<sup>42</sup> Im Januar 1991 wurde ein Verteidigungs- und Sicherheitsausschuß in der RSFSR eingesetzt mit der Aufgabe, ein separates Sicherheitsgesetz für die RSFSR zu entwerfen. Vorsitzender des Ausschusses wurde Generaloberst K.I. Kobiets, Wladimir Lopatin sein Vertreter, während der Militärgeschichtler Dimitri Wolkogonow Jelzins persönlicher Berater in Militärfragen wurde. (Zu dieser Zeit liefen einige bisher zuverlässige Gorbatschow-Anhänger in das "Lager" Jelzins über. Wolkogonow, der 1989 eine bedeutende Stalinbiographie veröffentlicht hatte, mußte im Juni 1991 als Direktor des Instituts für Militärgeschichte zurücktreten, nachdem es zu einer Auseinandersetzung über seine Verantwortung für eine neue Geschichte des 'Großen Vaterländischen Krieges' gekommen war, deren erster Entwurf von Marschall Achromejew als "antikommunistisch" angeprangert worden war. Auch Georgi Arbatow, der langjährige Direktor des US-Kanada-Instituts, wurde Mitglied von Jelzins Beraterteam, was zu einer weiteren Verschärfung der ohnehin schon heftigen Auseinandersetzung zwischen Arbatow und Achromejew über Fragen wie den sowjetischen Militärhaushalt oder auch einzelne Waffenprogramme führte.)

Anfang 1991 nahm die Führung der RSFSR wieder Abstand von ihrer Drohung, separate Streitkräfte aufzustellen, aber es gab eine Reihe von Vorfällen, die positive wie negative Aspekte von Jelzins politischer Impulsivität deutlich machten. Nach den Aggressionen der sowjetischen Armee Mitte Januar in Litauen forderte Jelzin die russischen Soldaten auf, sich an solchen Operationen künftig nicht zu beteiligen und sich entsprechenden Befehlen zu widersetzen. In diesem Zusammenhang wiederholte er die Drohung mit der Bildung einer separaten Armee. Er reiste ins Baltikum, wo er ein Abkommen unterzeichnete, das die Teilnahme der RSFSR an derartigen Strafaktionen ausschloß, und überlebte auf dem Rückweg nach Moskau anscheinend einen Attentatsversuch. Kurz darauf distanzierte er sich wieder ausdrücklich von der Drohung mit der russischen Armee und bestritt sogar, jemals eine solche Maßnahme befürwortet zu haben - was nachweislich nicht wahr ist.<sup>43</sup>

Auch die Möglichkeit einer Aufteilung der sowjetischen Nuklearwaffen als Teil eines neuen Unionsvertrages oder nach der Auflösung der Union wurde kaum noch thematisiert. Mit Ausnahme einiger Bemerkungen eines armenischen Abgeordneten im Obersten Sowjet wurde von seiten der Republiken kein ernsthaftes Interesse an einem Anteil des sowjetischen

---

41 Against the Grain, S. 252-53; Berichte über Reden, Pressekonferenzen, etc. in: Krasnaja Swjesda, 31.5.90, 26.6.90, Prawda, 8.7.90, Krasnaja Swjesda, 28.11.90.

42 Argumenty i fakty, 47 (528), Sonderausgabe, November 1990.

43 Ansprache vor Offizieren der Baltischen Flotte, Krasnaja Swjesda, 12.2.91, und zusammengefaßt in: Soviet News, 13.2.91; vgl. dazu auch Wolkogonows Bemerkungen, daß Rußland keine eigene Armee brauche, in: Krasnaja Swjesda, 9.2.91, und ähnliche Bemerkungen von Kobiets in: Krasnaja Swjesda, 13.2.91 und 20.2.91.

Nuklearwaffenarsenals geäußert. Einige wichtige politische Persönlichkeiten der RSFSR, insbesondere Außenminister Andrei Kosyrew und Wladimir Lopatin vom Verteidigungs- und Sicherheitsausschuß des Obersten Sowjets, machten dennoch spekulative Bemerkungen über derartige Möglichkeiten. Kosyrew sagte der New York Times, die RSFSR werde das Arsenal der Union erben, womit er andeuten wollte, daß die Streitkräfte insgesamt schließlich ihre Loyalität auf die RSFSR übertragen würden. Lopatin meinte während eines Besuches in den USA, die Kontrolle über die Nuklearwaffen müsse zwischen den 15 souveränen Republiken neu ausgehandelt werden.<sup>44</sup> Die Beiläufigkeit von Lopatins Bemerkungen alarmierte die amerikanischen Gesetzgeber und die sowjetischen Militärs gleichermaßen. Falls Jelzin und seine Berater diese Vorstellungen geteilt hatten, dann schienen sie entschlossen, sie nicht weiter zu verfolgen.

Diese Anpassung Jelzins war jedoch nicht von einer moderateren Haltung gegenüber Gorbatschow begleitet. Ende Februar forderte Jelzin Gorbatschow auf zurückzutreten und die Macht an eine kollektive Präsidentschaft abzugeben. Am 9. März sagte er in einer spontanen öffentlichen Rede höchst provokativ: "Laßt uns der Führung des Landes, die uns ins Verderben führt, den Krieg erklären."<sup>45</sup> Jelzin nahm diese Bemerkung einige Tage später zurück, aber in den Augen derer im Partei- und Militärapparat, die ihn sowieso des politischen Abenteuerertums beschuldigten, hätte er keinen schlimmeren Fehler begehen können. Auch westliche Beobachter, die seinem offensichtlichen Ehrgeiz und seiner Unberechenbarkeit mißtrauten, waren beunruhigt.

Ende März und April folgte ein Wechsel in Jelzins Haltung gegenüber Gorbatschow, der nun seinerseits seine feindseligen Bemerkungen über Jelzin und seine Anhänger abmilderte. Gorbatschow sprach von Kompromissen mit der Opposition und Jelzin von einem möglichen politischen Forum am runden Tisch. Man muß annehmen, daß Jelzins Berater ihn davon überzeugten, daß seine bisherige konfrontative Haltung kontraproduktiv sei, während gleichzeitig Gorbatschow kalkulierte, daß er entweder einen taktischen oder einen strategischen Rückzug von seiner Position der "imperialen Union" vollziehen müsse, als Folge seiner Unterstützung der Militärs im Dezember und Januar. Am 28. März fand in Moskau eine große Kundgebung für Jelzin statt, mit ebenso starker Armee-, MVD- und KGB-Präsenz auf der anderen Seite; ein Symbol für die empfindliche Balance zwischen der technischen Fähigkeit der Streitkräfte, das Zentrum von Moskau zu kontrollieren, und der zahlenmäßigen Stärke der Opposition.<sup>46</sup>

Diese Entwicklung in Richtung auf einen Kompromiß zwischen Gorbatschow und Jelzin verbesserte die Aussichten für einen neuen Unionsvertrag. Jelzins RSFSR-Führung hatte sich nie grundsätzlich gegen einen neuen Vertrag ausgesprochen, aber sie befürwortete eine

---

44 Kosyrew in: New York Times, 25.11.90, ein Bericht über Lopatins Washingtonbesuch findet sich in: Bulletin of the Atomic Scientists, Januar/Februar 1991. Vgl. auch Yuri Pinchukov: 15 Aspirants for a Nuclear Legacy, in: Moscow News, Nr. 51, 30. Dezember 1990 - 6. Januar 1991, der für "zweiseitige Kontrollregelungen" eintritt.

45 Prawda, 11.3.91.

46 Vgl. Mark Galeotti: Eyewitness Account of Policing of Moscow Demonstration, (Radio Liberty) Report on the USSR, Vol. 3, Nr.16, 19. April 1991.

freiwillige neuzugründende Konföderation "von unten" mit begrenzter Macht für die zentrale Regierung. Gorbatschow dagegen beharrte auf einer Union, die dem bestehenden Modell ähnlicher war. Der erste Entwurf für einen neuen Unionsvertrag wurde im November 1990 veröffentlicht.<sup>47</sup> Er beließ Fragen der Verteidigung, der Außenpolitik und des Managements der Rüstungsindustrie gänzlich in der Hand der Unionsregierung und widersprach damit einer ganzen Reihe der Souveränitäts- und Unabhängigkeitserklärungen, die bereits beschrieben wurden.

Es war damals schon erkennbar, daß der Entwurf für Moldawien, Armenien, Georgien und die baltischen Republiken nicht annehmbar war. Der zweite Entwurf wurde im März 1991 veröffentlicht.<sup>48</sup> Er enthielt einen sehr viel ausführlicheren Abschnitt über die Teilung der Macht zwischen dem Zentrum und den Republiken. Obwohl die Union weiterhin für die Sicherheit des Staates, die Organisation der Verteidigung, die Führung der Streitkräfte und für die Rüstungsindustrie verantwortlich sein sollte, wurde eine Reihe von Zuständigkeiten in die gemeinsame Hand der Union und der Republiken gelegt. Der außenpolitische Kurs der UdSSR sollte gemeinsam erarbeitet und von den Staatsorganen der Union überwacht werden. Die "staatliche Sicherheitsstrategie", die "Militärpolitik" der UdSSR und die Entscheidungen über Truppenstationierung und militärische Einrichtungen in den Republiken sollten ebenfalls Gegenstand gemeinsamer Entscheidung sein. Ein einheitliches Einberufungssystem, Gegenstand desselben kollektiven Entscheidungsprozesses, sollte beibehalten werden.

Diese Bestimmungen ließen auf den Versuch schließen, Voraussetzungen für einen Kompromiß mit den Republiken zu schaffen, die noch nicht fest entschlossen waren, der Union den Rücken zu kehren, oder für ein Überdenken ihrer Haltung offen waren. In dem Referendum von Ende März wurde der Vorschlag der Unionsführung zu einer "erneuerten Föderation gleicher, souveräner Republiken" angenommen (76,4% Ja-Stimmen bei 80% Wahlbeteiligung). Zur gleichen Zeit stimmte die Wählerschaft der RSFSR für die Direktwahl ihres Präsidenten - der Posten, den Jelzin nach den Wahlen im Juni einnahm.<sup>49</sup> (Die Regierungen von Armenien, Georgien, Moldawien und den baltischen Republiken lehnten die Teilnahme am Referendum ab.)

Das als "9+1" Abkommen bekannt gewordene Dokument wurde am 24. April von Gorbatschow, Jelzin und den Premierministern oder Präsidenten der Ukraine, Weißrusslands, Usbekistans, Kasachstans, Aserbaidschans, Kirgisiens, Tadschikistans und Turkmenistans unterzeichnet. Sein voller Titel lautete: "Gemeinsame Erklärung über Stabilisierungsmaßnahmen für die Lage im Land und zur Überwindung der Krise".<sup>50</sup> Das Abkommen befaßte sich nicht mit den strittigen Fragen der Verteidigung oder der Außenpolitik. Die Führer der Republiken billigten darin Lettland, Litauen, Estland, Moldawien, Georgien und

---

47 Krasnaja Swjesda, 24.11.90.

48 Iswestia, 9.3.91.

49 Ergebnisse des Referendums in: Iswestia, 27.3.91, Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen der RSFSR in: Prawda, 20.6.91.

50 Iswestia, 24.4.91.

Armenien das Recht zu, ihre eigene Entscheidung über die Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrages zu fällen. Es war allerdings nicht ausdrücklich vermerkt, ob der Präsident selbst die Haltung der Führer der Republiken in Bezug auf die Nichtunterzeichner akzeptierte. Die Bestimmungen des "9+1" Abkommens betrafen im einzelnen relativ kurzfristige politische und ökonomische Maßnahmen (einschließlich der Forderung nach einem neuen Verfassungsentwurf innerhalb von 6 Monaten) im Zusammenhang mit der "weiteren Radikalisierung der ökonomischen Reformen und den gleichzeitig damit einzuführenden sozialen Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung".

Von einigen Anhängern Jelzins kam scharfe Kritik an seiner "9+1" Übereinkunft mit Gorbatschow. Es scheint, als habe Jelzin die Verhandlungen nahezu ohne Konsultation seiner Anhänger sowohl im Parlament als auch im Land geführt. Es wurde ihm auch vorgeworfen, er sei in eine von Gorbatschow und dem Parteiapparat gestellte Falle gegangen, die ihn angeblich überredet hätten, ihr Programm und ihre Themen zu akzeptieren. Dieser Vorwurf scheint vor allem in der Frage der Zukunft der Union weit gefehlt. Das Abkommen war eindeutig ein Schritt zurück für Gorbatschow, der noch im Winter militärische Repression befürwortet hatte oder sie zumindest nicht hatte verhindern können.

Der dritte Entwurf des Unionsvertrages wurde im Juni fertiggestellt und an den Obersten Sowjet und die Obersten Sowjets der Republiken verschickt.<sup>51</sup> In dieser Version wurden die Unterzeichner als souveräne "Staaten", nicht mehr als "Republiken" bezeichnet, und es wurde eine unabhängige Außenpolitik der Mitglieder der "Union souveräner Staaten" anerkannt. (Die Staaten wurden nicht mehr als "sozialistisch" bezeichnet, wie es noch im Märzreferendum der Fall war.) Die Verantwortung für den sicherheitspolitischen Bereich war mehr oder weniger wie im zweiten Entwurf geregelt, aber die Leitung der Rüstungsindustrie wurde aus der Verfügungsgewalt der Union an eine gemeinsame Verantwortung verwiesen. In diesem Entwurf schien die Möglichkeit eines Kompromisses zwischen dem Zentrum und den Republiken in den militärischen Fragen zu liegen, die im "9+1" Abkommen ausgelassen worden waren. Eine Arbeitsgruppe, in der Vertreter des Verteidigungsministeriums und verschiedener Republiken, einschließlich der RSFSR und der Ukraine, saßen, begann diese Fragen zu diskutieren.

Diese Aussichten auf einen möglichen Kompromiß wurden jedoch von anderen Zeichen der Unzufriedenheit in Frage gestellt, denn die Führer der sowjetischen Sicherheitsapparate waren nun überzeugt, daß Gorbatschow den Republiken zu viele Zugeständnisse gemacht hatte. Kurz vor der Veröffentlichung des dritten Entwurfs kam es während einer Sitzung des Obersten Sowjets zu einer Art Generalprobe für den Putsch. Der Premierminister, Valentin Pawlow, schlug vor, die Macht des Präsidenten einzuschränken, und in einer geschlossenen Sitzung hielten Jasow, Pugo und Krjutschkow Reden, in denen sie ausführlich die Desintegration der Streitkräfte, die gefährdete innere Sicherheit des Landes und ein CIA-Komplott von 1977 schilderten, in dessen Rahmen überall in der sowjetischen Gesellschaft einflußreiche Agenten plaziert worden waren, und das der KGB angeblich

---

51 Prawda, 27.6.91.

aufgedeckt hatte.<sup>52</sup> Diesen Angriff auf seine Autorität konnte Gorbatschow abwehren, und er griff die Sojus-Abgeordneten in einer Rede vor dem Obersten Sowjet am 21. Juni scharf an, in der er seine eigene und Schewardnadses Außenpolitik verteidigte.<sup>53</sup>

Einen noch deutlicheren Angriff auf den Präsidenten enthielt der Aufruf "Ein Wort an das Volk", der Ende Juli in der Sowjetskaja Rossija veröffentlicht wurde. Obwohl Gorbatschow nicht namentlich genannt war, wurde der politischen Führung vorgeworfen, sie überlasse das Land seinem Schicksal und krieche vor ausländischen Herren zu Kreuze (Gorbatschow war gerade von dem G-7 Gipfel zurückgekommen).<sup>54</sup> Die Armee wurde aufgerufen, die Zerstörung des Vaterlandes zu verhindern und sich als Bollwerk aller gesunden Kräfte der Gesellschaft zu bewähren. Obwohl auch die Kommunistische Partei angesprochen war, war der Ton vor allem nationalistisch; ein Aufruf, das Mutterland/Vaterland vor dem Chaos zu retten. Unter den Unterzeichnern waren zwei Zivilisten, die später Mitglieder des Staatlichen Notstandskomitees des Putschversuches waren (V. Starodubtzew und A. Tisjakow), einige Sojus-Leute, konservative Schriftsteller und zwei höhere Militärs (Valentin Warennikow, der Kommandeur der Bodestreitkräfte, und Boris Gromow, der stellvertretende Innenminister).

Im Nachhinein kann man diesen Aufruf als eine Art Manifest für den späteren Putschversuch werten. Der "Aufruf an das sowjetische Volk" des Notstandskomitees konzentrierte sich auf dieselben Themen und berief sich nicht auf Marxismus, Leninismus oder Kommunismus - er forderte zum Erhalt der UdSSR in Worten auf, die an den sowjetischen und russischen Patriotismus und Nationalismus zu appellierten versuchten.<sup>55</sup> Aber auch ohne die späteren Entwicklungen war es unglaublich, daß Warennikow und Gromow auf ihrem Posten blieben, nachdem sie eine so offene Drohung gegen Gorbatschow unterschrieben hatten.

Die weiteren Entwicklungen im Juli müssen die Konservativen in der Ansicht bestätigt haben, daß sie bald handeln mußten, wenn sie ihre Stellung halten wollten. Jelzin erließ ein Dekret, das die Parteiorganisationen aus dem staatlichen Sektor in der Russischen Föderation verbannte, und das Plenum des Zentralkomitees legte Ende des Monats einen neuen Programmentwurf für die Partei vor. Dieses Papier stellte zwar keine rückhaltlose Befürwortung des Kapitalismus dar, aber es sprach sich für den Übergang zu einer gemischten Wirtschaft aus und wies zum Ausgleich dafür auf die weitere Relevanz der Lehren von Marx, Engels und Lenin hin.<sup>56</sup> Der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte und die Verschwörer zum Handeln zwang, scheint jedoch der vierte Entwurf des Unionsvertrages gewesen zu sein. Er wurde am 23. Juli veröffentlicht, und die ersten Unterschriften sollten

---

52 Siehe Dawn Mann: An Abortive Constitutional Coup d'Etat?, (Radio Liberty) Report on the USSR, Vol. 3, Nr. 27, 5. Juli 1991, und Auszüge aus den drei Reden in: Sowjetskaja Rossija, 27.7.91.

53 Iswestia, 22.6.91.

54 Sowjetskaja Rossija, 23.7.91.

55 Obratschenije k Sowjetskomu narodu, in: Prawda, 20.8.91.

56 Prawda, 8.8.1991.

am Dienstag, den 20. August geleistet werden.<sup>57</sup> Während die Bestimmungen zum Militär aus dem zweiten und dritten Entwurf unverändert übernommen waren, gab es einen bedeutenden Zusatz, der die Kontrolle über die Ausgaben von zentralen Finanzmitteln in den Bereich gemeinsamer Entscheidung rückte: damit konnten militärische wie auch andere Aktivitäten, die eigentlich in der Hand der Union lagen, nicht mehr ohne die Zustimmung der Unterzeichner-Staaten finanziert werden. Das muß der Armeeführung und dem militärisch-industriellen Komplex wie ein Todesurteil erschienen sein, und man kann kaum annehmen, daß Gorbatschow sich dieser Implikationen des vereinbarten Textes nicht bewußt gewesen sei. Wie ich gezeigt habe, hatten die Generäle und ihre Verbündeten zu diesem Zeitpunkt schon genügend Grund zur Klage, aber dieses Dokument scheint sie zum Handeln getrieben zu haben. Gorbatschow machte Urlaub auf der Krim, als der vierte Entwurf veröffentlicht wurde. Wie er später selbst sagte, kam er in ein ganz anderes Moskau und eine ganz andere UdSSR zurück.

---

57 Iswestia, 15.8.1991.



#### 4. Militärreformkonzepte

Vor dem Putschversuch herrschte in der öffentlichen Meinung Uneinigkeit darüber, ob eine ernstzunehmende Militärreform bereits stattgefunden hatte oder nicht. Die Militärführung selbst behauptete, seit Anfang 1987 sei eine Militärreform im Gang, die strategische Veränderungen im Zusammenhang mit dem Rückzug aus Osteuropa genauso einschloß wie Fragen der künftigen Struktur, des Haushalts und der Ausrüstung der Streitkräfte. Skeptiker meinten, daß abgesehen von den Veränderungen, die der Militärführung von außen aufgezwungen worden waren, in der Führung der Streitkräfte kaum Bereitschaft zu radikalen Reformen bestand. Sie waren außerdem der Ansicht, daß die Veröffentlichung von Reformplänen eher der Verzögerung von Reformen dienten als deren Beschleunigung.

Auch wenn man den Begriff erst im Nachhinein für diesen Zeitraum gebraucht, war es nicht ganz falsch, wenn das Oberkommando von einer Art Militärreform sprach, die seit 1987 stattfand.<sup>58</sup> Zwischen 1987 und 1989 wurden die schrittweisen Veränderungen in der konventionellen Rüstungskontrollpolitik noch von der Anerkennung der dramatischen politischen Veränderungen in Osteuropa überholt und in der internen Debatte über sowjetische Sicherheitspolitik jahrzehntealte Restriktionen hinweggefegt. Gleichwohl bestand die politische Führung Ende 1990 nicht mehr auf Reformen gegen den Willen des Oberkommandos und überließ die Militärreform im einzelnen dem herrschenden Establishment der Sicherheitsapparate. Die Anerkennung einer wachsenden Rolle des Militärs im Krisenmanagement während des Winters 1990/91 schien zunächst weiteren Veränderungsdruck auszuschließen.

Mitte 1990 wurden in der sowjetischen Legislative und in der Regierung zwei konkurrierende Militärreformpläne diskutiert. W. Lopatin saß einer Kommission des Obersten Sowjet vor, die einen gemeinsam von zivilen akademischen Instituten, einigen Militärakademien, Instituten des Verteidigungsministeriums und gesellschaftlichen Organisationen entwickelten Entwurf vorlegte. Das Verteidigungsministerium hatte seinerseits im Februar 1990 eine Konkurrenzkommission eingesetzt, der Vertreter des Ministeriums und des Obersten Sowjet, des Zentralkomitees der Partei, des Ministerrates und anderer Abteilungen angehörten. Lopatins Kommission wurde im Juni aufgelöst und eine andere Arbeitsgruppe unter dem Wissenschaftsausschuß des Obersten Sowjet von Lopatin und dem Akademie-Mitglied Ryschow ins Leben gerufen, die jedoch bereits nach sechs Wochen vom Vorsitzenden des Obersten Sowjet Lukjanow aufgelöst wurde.<sup>59</sup>

Die Arbeit dieser beiden Organe fiel zum Teil mit der generellen Polemik zwischen Politik und Militär in der sowjetischen Presse zusammen. In einem Brief an die Komsomolskaja Prawda zur Zeit des 28. Parteitags warfen Lopatin und andere den "höchsten Chargen der Militärbürokratie" vor, die Reform der Streitkräfte absichtlich zu verzögern und die Demokratisierung der Armee zu verhindern. Wieder wurde die Frage "auf wessen Seite wird die Armee stehen?" gestellt und die militärische Elite beschuldigt, die Arbeit von

58 Vgl. z.B. das Interview mit General Moissejew in: Krasnaja Swjesda, 18.11.90.

59 Einzelheiten bei G. Sturua: Peripetii wojennoi reformy, in: MEIMO, Nr. 7, 1990, und in: Bulletin of the Atomic Scientists, vgl. Anm. 44.

Lopatins Kommission zu torpedieren. Als Antwort beschuldigte ein Brief an Krasnaja Swjesda Lopatin und seine Mitunterzeichner, die "Anti-Militär Hysterie in der Gesellschaft" zu schüren. Hier wurde argumentiert, die Armee müsse gegen diejenigen verteidigt werden, die sie beschuldigten, die Demokratie zu bedrohen.<sup>60</sup>

Im August 1990 hielt Gorbatschow eine Rede im Militärdistrikt Odessa, mit der er selbst in die Debatte über die Militärreform eingriff.<sup>61</sup> Er verglich die Situation der UdSSR mit der eines Staates, der wie nach einem Krieg eine Militärreform durchführen müsse. Die Streitkräfte seien in ihrer jetzigen Form für den Kalten Krieg geschaffen worden; nachdem dieser aber nun vorüber sei, müßten für die 90er Jahre neue Pläne entwickelt werden. Gorbatschow nannte fünf Gebiete, auf denen Reformen in Betracht gezogen werden müßten: (1) Umfang und Qualität der sowjetischen Streitkräfte, um ein ausreichendes Gegengewicht gegen die militärischen Aktivitäten anderer Staaten bilden zu können; (2) die Struktur der Streitkräfte und ihre Aufteilung in fünf Teilstreitkräfte; (3) die Bewilligung von Finanzmitteln und Material; (4) das Rekrutierungssystem der Streitkräfte (komplektowanje) und die Frage einer stärkeren Professionalisierung; (5) und schließlich die Frage des extraterritorialen oder nationalterritorialen Grundlagen des Wehrdienstes.

Gorbatschow war nicht der Ansicht, daß eine Militärreform bereits im Gange sei. Er verteidigte die sowjetische Osteuropapolitik und meinte, die sowjetische Sicherheit habe nicht unter den politischen Veränderungen dort gelitten. Seine Rede vermittelte den Gesamteindruck, daß ein ernsthaftes Überdenken der sowjetischen Militärpolitik gerade erst begonnen hatte. Daß Gorbatschow die Frage der nationalterritorialen Einheiten offenließ, weist möglicherweise darauf hin, daß er Konzessionen an die militärischen Erwartungen der Unionsrepubliken zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausschließen wollte. Jedenfalls schienen nach dieser Rede grundlegende Reformen in einigen Bereichen nicht ausgeschlossen zu sein.

In dem Entwurf von Lopatins Kommission wurde folgendes vorgeschlagen: der Übergang zu einer wesentlich kleineren Berufsarmee innerhalb von 4-5 Jahren; ein ziviler Verteidigungsminister als Beitrag zu einer wirksamen Kontrolle durch den Staat anstelle von Parteiorganen; nationalterritoriale Einheiten in den Republiken, die einer gemeinsamen administrativen Führung von zentralen und lokalen Behörden, für den Fall strategischer Operationen jedoch nur zentraler Führung unterstellt sein sollten (auch die Reserve sollte vor allem nach territorialen Prinzipien organisiert werden); die Anerkennung eines alterna-

---

60 Armija nushdajetsja w sabatschije. Ot kowo?, in: Komsomolskaja Prawda, 4.7.90. Zu den Unterzeichnern der Komsomolskaja Prawda gehörten einige der führenden intellektuellen Reformkommunisten, die ursprünglich die Perestroika unterstützt hatten, so etwa G. Arbatow, T. Saslawskaja, E. Ambartsumow, und einige in der Öffentlichkeit weniger bekannte Wissenschaftler wie I. Bestjuschew-Lada und Ju Lewada, und die Vorsitzende des Komitees der Mütter von Soldaten M. Kirbasowa; Tak li nado satschitschat armiju?, in: Krasnaja Swjesda, 12.7.90. Zu den Unterzeichnern in Krasnaja Swjesda gehörte der berühmte Generaloberst Makaschow und der äußerst reaktionäre Herausgeber des Woenno-istoricheskii jurnal, V.I. Filatow. Von Achromejew und anderen erschien eine weitere Antwort auf Lopatin in: Komsomolskaja Prawda, 4.8.90.

61 Dostoino proiti perewal w istorii strany, in: Prawda, 19.8.90.

tiven Zivildienstes, gewerkschaftlicher Rechte und parteipolitischer Aktivitäten innerhalb der Armee, soweit sie im Einklang mit dem Gesetz standen.<sup>62</sup>

Der Entwurf des Verteidigungsministeriums wurde Ende des Jahres in einer Sonderausgabe der Zeitschrift des Ministeriums, Wojennaja Mysl, veröffentlicht.<sup>63</sup> Er bestand aus einem 20 Seiten langen Dokument mit dem Titel "Militärreformkonzept" und einem kürzeren über die Militärdoktrin der UdSSR. Der Reformentwurf ging grundsätzlich von einer fortbestehenden militärischen Bedrohung der UdSSR aus, obwohl große Teile der sowjetischen Gesellschaft nicht mehr daran glaubten. Die UdSSR müsse ihren militärtechnologischen Rückstand gegenüber der NATO aufholen, insbesondere im Bereich der konventionellen Hochpräzisionswaffen und bei Führungs- und Überwachungssystemen. Vom militärtechnologischen Standpunkt brauche das Land, solange Nuklearwaffen existierten, Nuklearstreitkräfte, die in der Lage seien, einen Vergeltungsschlag auszuführen, und konventionelle Kräfte, die eine verlässliche Verteidigung innerhalb der Staatsgrenzen gewährleisten könnten. Die Formulierung an dieser Stelle schien einen Gegenangriff auf feindliches Territorium nach einer Anfangsverteidigung nicht auszuschließen. Der Freiwilligenanteil sollte verstärkt werden, und es wurde ein alternativer Dienst auf der Grundlage religiöser oder pazifistischer Überzeugungen (für 3 statt 2 Jahre) versprochen. Der Militärdienst in der Marine sollte von 1991 an von 3 auf 2 Jahre verkürzt werden und eine Verkürzung der Wehrdienstzeit in allen Teilstreitkräften auf 18 Monate nach 1994 geprüft werden. Die politischen Organe innerhalb der Armee sollten reformiert und der soziale Schutz für das Personal verbessert werden (was auch in Lopatins Entwurf thematisiert wurde). Um die angestrebten Reformen in drei Stufen durchzuführen, wurde ein Zeitraum von 10 Jahren angesetzt. Das Resultat wäre schließlich eine Reduzierung der Gesamtgröße der Streitkräfte.

Trotz der versprochenen Erleichterungen bei der Dauer des Wehrdienstes und der Möglichkeit eines alternativen Dienstes wurde das Prinzip der Extraterritorialität bestätigt, ebenso wie die "heilige Pflicht" des allgemeinen Wehrdienstes. (Auch in Lopatins Entwurf war letztere nicht in Frage gestellt worden.) In dem Entwurf wurde auch betont, daß eine Berufsarmee zu teuer sei, ein Argument, das das Oberkommando seit geraumer Zeit anführte. Wojennaja Mysl ergänzte die Veröffentlichung dieser Dokumente durch kurze Darstellungen früherer Reformperioden in der russischen und sowjetischen Militärgeschichte, die sich von den Neuerungen Iwans des Schrecklichen über jene Peters des Großen und Miljutins (zwischen 1860 und 1870) bis hin zu denen Frunses (1924-25) erstreckten. Offensichtlich sollte historische Kontinuität zwischen dem russischen Staat und der UdSSR der Armee in wachsendem Maß als Legitimationsprinzip dienen. Das war zwar nichts Neues, aber der Rückgriff auf vorrevolutionäre Traditionen wurde zu dieser Zeit in den Schriften konservativer Militärpublizisten immer deutlicher, und aus Sicht des Oberkommandos war er offenbar sehr nützlich. Wie ich gezeigt habe, tendierten die späteren Aufrufe der Putschisten in dieselbe Richtung.

---

62 MEIMO, Nr. 9, 1990. Ich habe bereits gezeigt (s.o. Abschnitt 2), daß Gorbatschow selbst in seiner Rede zum 28. Parteitag politischen Pluralismus für die Armee keineswegs ausgeschlossen hatte. Die meisten Liberalen gingen merkwürdigerweise davon aus, daß eine Berufsarmee weniger anfällig für politische Manipulationen sei, was äußerst fraglich ist.

63 Wojennaja Mysl, Spezialny wypusk, Dezember 1990.

Der Entwurf des Verteidigungsministeriums war angesichts der verbreiteten Feindseligkeit gegenüber dem extraterritorialen Prinzip, die ich weiter oben geschildert habe, unrealistisch. Doch kann man jetzt verstehen, warum das Oberkommando Ende 1990 Gorbatschow so heftig drängte, den Prinzipien der allgemeinen und extraterritorialen Wehrpflicht wieder Geltung zu verschaffen. Unabhängig von allen Entwicklungen im Lande, hielt das Oberkommando sich an diesen beiden Prinzipien fest. Nach Diskussionen im Obersten Sowjet wurde der Entwurf des Ministeriums im Dezember mit der Auflage angenommen, daß er durch Ausführungen zur Außenpolitik ergänzt und daß er die Debatte über das Verhältnis zwischen dem Zentrum und den Republiken im Sinne des angestrebten Unionsvertrages aufgreife.<sup>64</sup>

Die gesetzgeberischen Aktivitäten wurden im Frühjahr 1991 fortgesetzt. Der neue Entwurf des Militärreformkonzeptes wurde dem Obersten Sowjet im Juni vorgelegt und einige Dokumente und Gesetzentwürfe auf bestimmten Gebieten der Reform nahmen den üblichen Weg durch die Instanzen der Legislative. Es war ein Verteidigungsgesetz geplant und ein Gesetz zur allgemeinen Wehrpflicht, das Zeitverträge ermöglichte. Auch ein Gesetz zur Konversion der Rüstungsindustrie, noch im Entwurfsstadium, wurde ausgearbeitet, obwohl Konversion angeblich schon seit geraumer Zeit im Gange war.<sup>65</sup> Anfang 1991 zeigte sich in einigen dieser Bereiche, daß die Militärführung meinte, sich verschanzen und weiteren Reformforderungen auf der Grundlage der Vorschläge von Lopatin und seinen Anhängern widerstehen zu können.

Im Januar schuf ein Präsidentenerlaß die Grundlage für die künftige Arbeit der militärisch-politischen Organe in den Streitkräften.<sup>66</sup> Sie sollten in Zukunft die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik des Staates vertreten und disziplinarische und Bildungsarbeit gemeinsam mit politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen durchführen. Technisch war die PHV damit nicht mehr für die Überwachung der Kommunistischen Parteiorgane in der Armee zuständig, sondern mußte mit allen legalen politischen Parteien zusammenarbeiten. Die öffentlichen Kommentare der PHV-Führung zeigten jedoch, daß sie nicht bereit war, wirksame Schritte zur Einschränkung der Rolle der Kommunistischen Partei zu unternehmen. Im März wurde ein neues "Parteikomitee für die gesamte Armee" gebildet, das offensichtlich die Einschränkungen kompensieren sollte, die der PHV auferlegt worden waren.<sup>67</sup>

Man kann aus diesen Gesetzen schließen, daß sich Anfang 1991 die politische und die militärische Führung darauf verständigt hatten, daß dem Militärsystem keine radikalen

---

64 Krasnaja Swjesda, 15.12.90.

65 Berichte in: Krasnaja Swjesda vom 17.4.91, Iswestia vom 8.5.91, Krasnaja Swjesda vom 12.6.91 und 24.7.91. Pessimistische Analysen der Konversionsaussichten bei: Julian Cooper: Soviet Military Has a Finger in Every Pie, in: Bulletin of the Atomic Scientists, Dezember 1990, und bei R.T. Maddock: Evaluating the Soviet Peace Dividend, in: Arms Control, Vol. 11, Nr. 2, September 1990.

66 Eine Zusammenfassung (wenn auch nicht das Dokument selbst) in: Krasnaja Swjesda, 23.1.91.

67 Berichte über den "Parteitag der gesamten Armee" und die Bildung des Komitees in: Krasnaja Swjesda, am 30.3., 2.4., und 3.4.91. Ein nützlicher Kommentar bei Stephen Foye: Maintaining the Union: The CPSU and the Soviet Armed Forces, (Radio Liberty) Report on the USSR, Vol.3, No. 23, 7. Juni 1991.

Reformen mehr aufgezwungen werden sollten. Aber auch vor dem Putsch war fraglich, wie lange eine solche Übereinkunft aufrecht erhalten werden konnte. Zum einen war der politische und soziale Druck aus der Gesellschaft, die wenigstens einige Reformen sehen wollte, keineswegs beseitigt.<sup>68</sup> Zum anderen war die Übereinkunft zwischen Militär und Politik vom Winter dadurch bedroht, daß Gorbatschow die Entscheidung, seinen heftigsten militärischen Kritikern entgegenzukommen zu beruhigen, wieder rückgängig machte. Wie ich gezeigt habe, enthielt der Entwurf des neuen Unionsvertrages vom Juni 1991 Bestimmungen zur Teilung der militärischen Verantwortung zwischen Zentrum und Republiken auf Gebieten, die im Plan des Verteidigungsministeriums nicht vorkamen. Darin lag reichlich Stoff für künftige Konflikte. Dem "konservativen Reformplan" des Verteidigungsministeriums schien dasselbe Schicksal bestimmt zu sein wie einer ganzen Reihe anderer Projekte der Perestrojka, die eingeführt wurden, als es für ihre erfolgreiche Durchsetzung bereits zu spät war - man denke an die Pläne, den Warschauer Pakt in eine "politisch-militärische" Allianz umzuwandeln, oder auch die Versuche, die sowjetische Föderation in ihren traditionellen Grenzen zu erneuern.

Ein weiterer Indikator für die Zerbrechlichkeit der Übereinkunft zwischen Militär und Politik von 1990-91 war die Unzufriedenheit eines Teils der militärischen Führung mit dem KSE-Vertrag. Anfang 1991 wurde diskutiert, ob die UdSSR nach dem KSE-Vertrag tatsächlich noch so sicher sei, wie die politische Führung behauptete. In gewisser Weise war dies eine Fortsetzung der früheren Behauptungen von der Schuld der politischen Führung am "Verlust" Osteuropas, nur daß sie jetzt konkreter als Lagebeurteilung über die geschwächte Sicherheit der UdSSR nach dem Kalten Krieg präsentiert wurden.

Es gab Anzeichen für unterschiedliche Ansichten innerhalb des Oberkommandos. Vertreter des Generalstabs verteidigten den Vertrag mit dem Argument, er entspreche den sowjetischen Interessen, da er das Land in die Lage versetze, sich mit geringeren Kosten verlässlich zu verteidigen. Auch General Moissejew selbst verteidigte den Vertrag, er wies aber gleichzeitig westliche Kritik zurück, die UdSSR versuche ihn zu unterlaufen.<sup>69</sup> An anderer Stelle gab es offene Unzufriedenheit mit dem Vertrag. So begründete Schewardnadse seinen Rücktritt zum Teil mit der Verärgerung darüber, daß man ihn mit der Verschiebung von Rüstungsmaterial hinter den Ural getäuscht hatte. Obwohl er in seiner Rücktrittsrede nicht auf diesen Punkt einging, erklärte er später, daß diese Irreführung einer der Hauptgründe

---

68 Unter den Kritikern des Plans des Verteidigungsministeriums war S. Rogov: *Kakoi budet wojennaja reforma?*, in: *Kommunist*, Nr. 6, März 1991. Weitere Darstellungen der Entwicklung der Militärreformpläne in: F. Richter & J. Echterling: *Ansätze zu einer Militärreform in der Sowjetunion*, in: *Außenpolitik*, Nr. 1, 1991; Harry Gelman: *Gorbachev and the Future of the Soviet Military Institution*, *Adelphi Paper* 258, Frühjahr 1991; Elaine M. Holoboff: *The Crisis in Soviet Military Reform*, *London Defence Studies* Nr. 3, Februar 1991.

69 Vgl. den Vorsitzenden der Rechtsabteilung des Generalstabs, Generalleutnant Ladygin, in: *Prawda*, 7.12.90; Generaloberst B. Omelischow: *My wedjom schestuuju i prinzipaluuju liniju*, in: *Krasnaja Swesda*, 16.2.91; General M. Moissejew: *Problemy besopasnosti: neobchodim wsjeschenny podchod*, in: *Iswestia*, 5.4.91.

dafür war, daß er sich auf seinem Posten nicht wohl fühlte.<sup>70</sup> (Ironischerweise war dieser Aspekt in der westlichen Diskussion des Vertrages nur kurzfristig ein Hindernis.)

Marschall Jasow äußerte seine Kritik an dem KSE-Vertrag, indem er sagte, daß er beunruhigt über einseitige Konzessionen der sowjetischen Politik sei.<sup>71</sup> General Lobow, dem letzten Stabschef des Warschauer Paktes, zufolge waren die sowjetischen Streitkräfte nach dem KSE-Vertrag nicht mehr in der Lage, eine "ausreichende" Verteidigung des Landes zu garantieren.<sup>72</sup> In anderen Bemerkungen von Vertretern der Bodenstreitkräfte wurde bemängelt, daß die vorgesehenen Mittel für Forschung und Entwicklung nicht ausreichten, um die technische Qualität der sowjetischen Panzerstreitkräfte aufrecht zu erhalten.<sup>73</sup> Engagierte sowjetische Befürworter einer technischen Modernisierung führten auch die Ergebnisse des Golfkrieges als Argument an; in diesem Punkt gab es keinen Unterschied zwischen amerikanischen und sowjetischen Einschätzungen des Krieges als einer erfolgreichen Demonstration amerikanischer militärtechnologischer Potenz.

"Militärreform" hatte also für verschiedene Akteure in der sowjetischen Politik jeweils eine andere Bedeutung. Für das Verteidigungsministerium schien sie eine Art taktischer Rückzugsposition zu sein, also der Versuch einer Anpassung an ein neues Umfeld, indem einigen politischen und sozialen Forderungen nachgegeben wurde, der andererseits aber auch Maßnahmen enthielt, die die innenpolitische Stellung der militärischen Institutionen sichern sollten. Dieser Rückzug war in den Augen einiger Mitglieder des militärischen Establishment Mitte 1991 bereits zu weit gegangen und würde unweigerlich zu einem weiteren Niedergang führen. Für zivile Kritiker, einige Offiziere, deren Zahl schwer zu schätzen ist, und für die meisten politischen Vertreter der Republiken taten die Pläne des Ministeriums nichts, um die militärischen Strukturen des Staates vom alten Parteiapparat zu trennen. Außerdem schufen sie keine Basis für eine sowjetische Sicherheitspolitik nach dem Ende des Kalten Krieges, in der die Militärausgaben drastisch zu kürzen wären und die militärischen Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie neu geordnet werden müßten. Keiner dieser Blöcke war monolithisch und in den Ansichten einiger älterer Offiziere zu manchen Aspekten kann man erhebliche Entwicklungen verfolgen. Präsident Gorbatschow schwankte bis Mitte 1991 zwischen Partnerschaft mit den Streitkräften und dem Sicherheitsestablishment einerseits und anhaltendem Druck nach weiteren Reformen. Untersuchungen nach dem Putsch werden vielleicht feststellen, daß nicht alle diejenigen, die sich auf der konservativen Seite an der Militärreformdebatte beteiligt haben, auch am Putsch

---

70 Eduard Schewardnadse: Die Zukunft gehört der Freiheit, Hamburg 1991, S. 23-4. Nach dem Putsch und Marschall Achromejews Selbstmord äußerte Schewardnadse sich sehr viel deutlicher zu dieser Frage und der Rolle Achromejews; vgl. seine Kommentare in: Die Zeit, Nr. 36, 30. August 1991. Vgl. auch die Diskussion von V. Litov und V. Shkoda in: Sowjetskaja Rossija, 9.1.91.

71 Interview in: Prawda, 23.2.91.

72 General V. Lobow: Puti realizazii koncepczii dostatoschnosti dlja oborony, in: Wojennaja Mysl, Nr. 2, 1991.

73 Siehe dazu auch den Beitrag General Warennikows zu dem Forum: "Obnovlenie Woorushennyh sil", auch in: Wojennaja Mysl, Nr. 2, 1991, und die Diskussion am Runden Tisch "Bronja i ljudi" in: Krasnaja Swjesda, 18.4.91. Auch hochrangige Luftwaffenoffiziere sprachen in diesem Sinn über technische Modernisierung, in: Krasnaja Swjesda, 25.6.91.

beteiligt waren. Dennoch hat die unvermeidliche Entfernung der meisten Mitglieder des Oberkommandos von ihrem Posten die Armee in einer geschwächten Position zurückgelassen, was Widerstand gegen künftige Reformen angeht. Und der Putsch selbst hat die Debatte in ihrer ursprünglichen Bedeutung zu Geschichte werden lassen.

## 5. Die Rolle der Apokalyptiker

Die politische Debatte in der Sowjetunion war in den Jahren von 1988-91 dadurch gekennzeichnet, daß regelmäßig eine ganze Reihe apokalyptischer Gefahren heraufbeschworen wurden - Militärputsche oder atomare Bürgerkriege, um nur zwei zu nennen - die das Land erwarteten, wenn nicht Vernunft die Oberhand gewinne. Als der Putsch schließlich stattfand, hatten viele sowjetische Bürger ihn in Gedanken schon jahrelang durchgespielt. Glücklicherweise waren die Ereignisse vom 19. bis 21. August weniger schrecklich, als viele erwartet hatten, obwohl man vielleicht einmal feststellen wird, daß es leicht zu größerem Blutvergießen hätte kommen können. Auf der einen Seite zeigte der Putschversuch, daß die Schwarzseherei nicht unbegründet war. Ich möchte aber auch zeigen, daß auf der anderen Seite die tatsächlichen Gefahren von verschiedenen politischen Akteuren und mit unterschiedlichen politischen Zielen in der Zeit vor dem Putsch oft übertrieben wurden. Anders ausgedrückt: obwohl die Putschgefahr objektiv bestand, entsprach es der gesamten Atmosphäre der sowjetischen Politik, daß jederzeit das Schlimmste erwartet wurde. (Um Mißverständnisse zu vermeiden, möchte ich betonen, daß ich den sowjetischen Liberalen keineswegs eine Mitschuld an dem Putsch gebe. Meine Analyse bezieht sich mehr auf die politische Kultur als darauf, wer wann was zwischen 1990 und 1991 geplant hat.)

Sowohl die Führung als auch die Opposition bedienten sich der neuen Untergangsszenarien, und sie tauchten auch in der westlichen Debatte über die angemessene Reaktion auf die sowjetische Krise auf. Zum einen gab es eine Vorliebe für militärische Metaphern im alltäglichen politischen Diskurs, womit die politische Kultur der Sowjetunion keineswegs allein dasteht. Es machte den sowjetischen Liberalen Spaß, die Russische Kommunistische Partei wegen ihrer Aufrufe, "aus den Gräben zu kommen" und sich den antikommunistischen Horden zu stellen, zu verspotten. Es fiel der Opposition jedoch genauso leicht, in diese Art Metapher zu verfallen. Jelzin sprach in seiner Rede vom März 1991 von einer "Kriegserklärung" an Gorbatschow und forderte seine Anhänger auf, "auf breiter Front in die Offensive zu gehen". Ähnliche Beispiele lassen sich auf dem gesamten politischen Spektrum finden.

Viele Intellektuelle und politisch aktive Bürger bedauerten die Neigung zu Konfrontation auf Kosten von Toleranz und Kompromiß, die als spezifisch sowjetisch (oder vielleicht russisch) angesehen wurde,<sup>74</sup> und sahen darin ein schlechtes Omen. Das Problem schien jedoch noch tiefer zu liegen, denn diese düstere aber plausible Analyse entwickelte sich zum Teil zu einer Art sich selbst erfüllendem kulturellen Pessimismus über die Fähigkeit des sowjetischen politischen Systems oder seiner Kultur, friedliche Konfliktlösungen zu entwickeln.<sup>75</sup> Dieser Pessimismus ist auch in Romanen und Essays der Perestroika Periode zu finden. Auf dem konservativen Flügel entwarf der Publizist Alexander Prochanow das Bild einer sich auflösenden UdSSR, in der Menschen nicht nur vor Tschernobyl-ähnlichen

---

74 Vgl. zum Beispiel V. Wyschtowitsch Kommentare in: *Iswestia*, 10.6.91.

75 Dieses Problem hat die Soziologin Tatjana Saslawskaja angesprochen, in: *Moscow News*, Nr. 13, 31. März - 7. April 1991.



Unfällen flohen, sondern auch vor irrtümlich abgeschossenen ballistischen Raketen.<sup>76</sup> Im liberalen Lager schrieb Alexander Kabakow eine Kurzgeschichte, die zunächst 1989 in der Zeitschrift *Iskustwo-Kino* erschien, viel übersetzt und im Frühjahr 1991 in Moskau verfilmt wurde.<sup>77</sup> Kabakows Geschichte heißt *Newoswratschenez* oder "Kein Zurück". Der Hauptstrang der Handlung spielt 1992 nach dem Zusammenbruch eines *Perestroika*-ähnlichen Reformprojekts, das die UdSSR in Auflösung und Bürgerkrieg geführt hat. Er stellt ein Libanon-ähnliches Rußland dar, das von Sekretär-Präsident General Viktor A. Panajew und der "Russischen Union Demokratischer Parteien" regiert wird.

Kabakows Geschichte ist 1988 geschrieben, also noch bevor die Ängste vor einem *Anti-Perestroika*-Putsch von der Sorge über ein Bündnis zwischen Gorbatschow und der Armee abgelöst wurden. Ihre Popularität sagt einiges über die sowjetische Neigung zu apokalyptischen Szenarien wie auch über die Realitäten sowjetischer Politik. Noch einmal sei betont, daß die sowjetische bzw. russische Kultur keineswegs ein Monopol auf apokalyptische Zukunftsvisionen hat. Dennoch wären die schwarzen Visionen von Autoren wie Prochanow und Kabakow in manchen anderen politischen Kulturen weniger glaubwürdig erschienen.

Vor allem im Februar und September 1990 nahmen die Ängste der Liberalen vor einem Militärputsch die Form konkreter Behauptungen über bedrohliche Truppenbewegungen um Moskau an. Nicht alle westlichen Korrespondenten ließen sich auf die beharrlichen Putschgerüchte ein, es wurde auch der Verdacht geäußert, die Gewerkschaft "Schild" habe die Gerüchte in die Welt gesetzt, um die Aufmerksamkeit der westlichen Presse auf sich zu lenken.<sup>78</sup> Das mysteriöse litauische "Nationale Rettungskomitee" hätte dagegen geradewegs aus den Seiten von Kabakows Buch stammen können, wie auch die Mitglieder der OMON-Einheiten, die nur zu gern für westliche Kameras vor ihren Postern von Sylvester Stallone und Arnold Schwarzenegger posierten. Die ununterbrochenen Voraussagen von Oberst Alksnis über den Bürgerkrieg in der sowjetischen wie in der westlichen Presse zeigten ihn als Meister in der Kunst apokalyptischer Eigenwerbung.

Besonders interessant ist die Manipulation mit dem drohenden Bürgerkrieg durch die politische Führung selber. Sie läßt sich auch im Zusammenhang mit Gorbatschows Erklärung über den Status der UdSSR als atomarer Supermacht nach dem Abschluß des KSE-Vertrages diagnostizieren, einem weiteren trickreichen Balanceakt des Präsidenten. Er versuchte damit gleichzeitig das militärische Establishment über die Sicherheit der UdSSR zu beruhigen, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß die Desintegration des Landes eine Katastrophe wäre, und dem Westen klarzumachen, daß die Desintegration eine reale

---

76 Alexander Prochanow: *Sametki konservatora*, in: *Nasch sowremmenik* Nr. 5, 1990.

77 Alexander Kabakow: *Newoswratschenez*, (Meschdunarodnaja assoziazija "Dialog kul'tur"), Moskau 1990; über die Entstehung der Filmversion siehe: *Ogonjok*, Nr. 7, Februar 1991.

78 Carey Schofield: *Inside the Red Army*, in: *Financial Times*, 19./20.1.91. Weniger skeptisch ist Christian Schmidt-Häuer: "Wir stehen vor einer Katastrophe", in: *Die Zeit*, Nr. 45, 2.11.90. Gelman berichtet über sowjetische Quellen, in denen behauptet wird, Gorbatschow habe die Truppenbewegungen vom Februar und September 1990 auf den Rat Krjutschkows hin angeordnet, um die Opposition einzuschüchtern.

Gefahr sei, aber verhindert werden könne, wenn man nur ihm, Gorbatschow, ausreichend Unterstützung zukommen lasse.

Schewardnadse wies wiederholt, vor und nach seinem Rücktritt, darauf hin, daß Instabilität in der UdSSR Gefahren für die ganze Welt mit sich bringe. Das Argument war gegen diejenigen gerichtet, die ihn beschuldigten, durch seine Außenpolitik die Interessen des Landes verraten zu haben. Er konterte, daß der Westen kein Interesse an Zusammenbruch und Chaos in der UdSSR habe, er sei vielmehr daran interessiert, daß die UdSSR ihre inneren Probleme löse. Niemand, argumentierte er, könne ernstlich die Desintegration einer atomaren Supermacht wünschen.<sup>79</sup> Als er im Juli die Initiative zur Bildung einer neuen Oppositionsbewegung ergriff, sprach er wieder von der Notwendigkeit, die Gesellschaft vor Anarchie zu bewahren.

Auch Gorbatschow selbst und andere Leute wie Ryschkow warnten den Westen vor einem möglichen Auseinanderbrechen der UdSSR in zahlreiche Staaten mit Nuklearwaffen, aber Gorbatschow mußte außerdem einen sehr schwierigen internen Balanceakt vollziehen. In seinem Bericht an den Obersten Sowjet nach dem Pariser KSZE-Gipfel verteidigte er den KSE-Vertrag mit dem Argument, daß er der UdSSR mehr Sicherheit bringe und meinte weiter: "Wir sollten nicht vergessen, daß die Sowjetunion immer noch einen starken nuklearen Schild besitzt".<sup>80</sup> Es hätte dem anti-nuklearen Ethos des Neuen Denkens nicht widersprochen, für eine Übergangszeit die Fortführung einer minimalen Abschreckung zu befürworten. Daß er sich hier eines anderen Vokabulars bedient, um den Vertrag abzusichern, muß auffallen. Es zeigt, daß sich Gorbatschow mit dem Vertrag hier bereits in der Defensive befand. Er hoffte, er könne die unerwartet schnelle konventionelle Abrüstung mit Hinweis auf die verbleibende nukleare Stärke legitimieren.

Gorbatschow gab diesem Argument noch eine andere Wendung, als er verstärkt versuchte, die sowjetische Bevölkerung davon zu überzeugen, daß ein neuer Unionsvertrag wünschenswert sei. In einer Rede an das Plenum des Zentralkomitees im Dezember meinte er, die sowjetischen Republiken sollten die Vorteile nicht aufgeben, die darin lagen, Teil eines mächtigen Staates zu sein, der eine der Stützen der gegenwärtigen Weltordnung sei.<sup>81</sup> Hier wurde nicht ausdrücklich erwähnt, daß es die Atomwaffen sind, die die UdSSR stark machen. Aber dieser Hinweis wurde klarer und apokalyptischer formuliert, als die Kampagne für das Referendum schärfer wurde. In einer Fernsehansprache zu dem Referendum sagte Gorbatschow, daß die UdSSR "nicht ohne Grund als Supermacht angesehen werde", und daß es unverantwortlich sei, eine Aufteilung des sowjetischen Nuklearwaffenpotentials auch nur in Erwägung zu ziehen.<sup>82</sup> Auch in anderen Bemerkungen am Abend vor dem Wahltag betonte er immer wieder die Gefahren der Desintegration und

---

79 Dieses Argument benutzte Schewardnadse in dem außenpolitischen Bericht an den Kongreß der Volksdeputierten im Dezember 1990, aber nicht mündlich in seiner Rücktrittsrede. E. Schewardnadse: Nash razlad - drugim ugroza, in: Narodnyi deputat, Nr. 1, 1991.

80 Krasnaja Swjesda, 27.11.90.

81 Prawda, 11.12.90.

82 Prawda, 7.2.91.

einer Aufteilung der Streitkräfte. Sowohl Gorbatschow als auch Marschall Jasow appellierten in ihren Reden ungeniert an historische Kontinuitäten zwischen dem zaristischen Rußland und der UdSSR. Gorbatschow sprach von der Notwendigkeit, die staatliche Einheit zu bewahren, die "seit tausend Jahren" existiere, während Jasow dazu aufforderte, sich klarzumachen, wie verletzlich die Fürstentümer Rußlands (Rus') gegenüber ausländischen Aggressoren gewesen seien, bis sie sich vor der Schlacht von Kulikowo (1380) zusammengeschlossen hätten.<sup>83</sup> Jasow appellierte auch an das Gefühl der Einheit, das den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg ermöglicht habe, ein viel vertrauterer Bezugspunkt, aber seine Berufung auf die russische Geschichte war noch deutlicher als die Gorbatschows. Es ist gut möglich, daß diese Appelle einen Einfluß auf das Ergebnis des Referendums hatten, das von Gorbatschows Standpunkt aus nicht unbefriedigend war.

Ich möchte keineswegs behaupten, die Existenz des sowjetischen Atomwaffenarsenals sei unproblematisch oder die Führung habe diese Argumente nur zu manipulativen Zwecken benutzt. 1990 kamen die ersten Berichte des Inhalts auf, daß taktische Nuklearwaffen, die in Randrepubliken stationiert waren, in die zentralen Gebiete der UdSSR zurückgezogen wurden, um zu verhindern, daß sie in nationalistische oder terroristische Hände fallen. Es wird außerdem angenommen, daß im Frühjahr 1990 bei einem Überfall auf eine Militärbasis aserbaidshischen Nationalisten beinahe eine Atomwaffe in die Hände gefallen wäre. Merkwürdigerweise bestritt das Verteidigungsministerium im Oktober einen Kommentar von Stabschef Moissejew, der besagte, daß Nuklearwaffen aus Konfliktregionen in die UdSSR zurückgezogen worden seien. Wie bereits oben geschildert, gab die lässige Haltung einiger Persönlichkeiten, die der RSFSR-Führung nahestanden, in dieser Frage Anlaß zu ernsthafter Sorge. In einem Geheimdienstbericht der NATO vom Frühjahr 1991 soll festgestellt worden sein, die UdSSR habe während des Golfkrieges alle Nuklearwaffen aus dem Baltikum, den kaukasischen und zentralasiatischen Regionen nach Rußland, in die Ukraine und nach Kasachstan zurückgezogen.<sup>84</sup>

In der Betonung dieses Punktes durch die Führung lag dennoch ganz offensichtlich ein manipulatives Moment, das über den Versuch des Schutzes vor echten Gefahren hinausging. Die Führung hätte schließlich auch argumentieren können, daß das Neue Denken die Sowjetunion als Supermacht überflüssig mache und daß sie ohnehin plane, die sowjetischen Nuklearwaffen abzuschaffen. Da Gorbatschow zu dieser Zeit aber versuchte, die Militärführung seines Verständnisses für ihre Bedürfnisse zu versichern, und da er dem Erhalt der Union eine so hohe Priorität einräumte, mußten Argumente herhalten, die im Gegensatz zu den Prinzipien des Neuen Denkens standen. Die rein technische Diskussion derselben Fragen war viel weniger alarmierend. Ein runder Tisch von Offizieren der Strategischen Raketenstreitmacht betonte zwar die Gefahren einer Aufteilung der Streitkräfte auf nationaler Basis, erklärte aber gleichzeitig, daß dies weder organisatorisch noch technisch möglich sei, weil Kommando- und Überwachungsstrukturen hochzentralisiert seien, um unbefugten Zugriff zu verhindern.<sup>85</sup>

83 Gorbatschow in: Prawda vom 16.3. und vom 18.3.91, Jasow in: Krasnaja Swjesda, 16.3.91.

84 Alexander Rahr & R. Alex Bryan: Concern over Security of Soviet Nuclear Arms, (Radio Liberty) Report on the USSR, Vol. 2, Nr. 41, 12. Oktober 1990); The European, 3.-5. Mai 1991.

85 Wojennaja reforma i RVSN, in: Krasnaja Swjesda, 19.3.91.

Was die auswärtigen Beziehungen anging, so benutzten Gorbatschow und seine Berater weiterhin das Argument, die UdSSR stehe am Rand des Chaos, um Verständnis des Westens für den Druck zu mobilisieren, der von der Rechten auf die Führung ausgeübt wurde.<sup>86</sup> Das bedeutete natürlich den Verzicht auf die traditionelle Behauptung, die Armee sei fest unter politischer Kontrolle. Das Argument wurde auch von westlichen Befürwortern breiter ökonomischer Hilfe an die UdSSR angeführt, und in einem Artikel in Foreign Affairs behandelten Allison und Blackwill die Gefahr eines nuklearen Bürgerkrieges als ganz realistisch.<sup>87</sup> Zur gleichen Zeit hielt Gorbatschow in seiner Nobelpreisrede dagegen und kam auf das Thema einer atomwaffenfreien Welt für das Jahr 2000 zurück. Er meinte, das Ziel sei immer noch zu erreichen, obwohl ihm Utopismus vorgeworfen worden sei, als er die Vorstellung zum ersten Mal geäußert habe.<sup>88</sup>

Es gehörte zu den Ironien der sowjetischen Sicherheitsdebatte jener Zeit, daß die Frage der westlichen Bedrohung der UdSSR sehr schnell überschattet wurde von einem Streit darüber, wer die Verantwortung dafür trage, daß die UdSSR sich selber und die Stabilität der Welt bedroht. Dieser jüngste Hang zu apokalyptischen Vorstellungen war ein deprimierender Aspekt sowjetischer Politik, denn er hat nicht nur die Aufmerksamkeit auf herrschende Feindseligkeiten und Probleme innerhalb des Landes gelenkt, sondern er hat auch den Raum für Kompromisse eingeengt, die vielleicht zu friedlichen Lösungen hätten führen können. Die Versuchung, Gramsci zu zitieren, ist unwiderstehlich: "Die Krise besteht genau genommen darin, daß das Alte stirbt und das Neue nicht geboren werden kann; in diesem Interregnum entstehen viele morbide Symptome."<sup>89</sup> Sogar noch nach dem gescheiterten Putsch warnten einige liberale Beobachter davor, daß die politischen Kräfte, die ihn getragen hatten, sich neu organisieren und es wieder versuchen könnten. Leider gibt es kaum etwas in den Nachfolgestaaten der UdSSR, was man zuversichtlich ausschließen kann.

---

86 Siehe z.B. das Interview mit Georgii Schachnasarow in: *Der Spiegel*, Nr. 4, 21. Januar 1991, und Gorbatschows Interview mit: *The Sunday Times*, 12. Mai 1991.

87 Graham Allison and Robert Blackwill: *America's Stake in the Soviet Future*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 70, Nr. 3, Sommer 1991.

88 *Prawda*, 6.6.91.

89 Antonio Gramsci: *Selections from the Prison Notebooks*, London 1971.

## 6. Schluß

Vor dem Putschversuch gab es bei den Beobachtern des sowjetischen Militärsystems innerhalb der UdSSR sehr unterschiedliche Einschätzungen über die Fähigkeiten der Armee, eine entscheidende politische Rolle zu spielen. Manche meinten, daß die Streitkräfte innerlich bereits zu zerstritten seien, um entweder selber zu putschen oder von der politischen Führung benutzt zu werden, um die Präsidialherrschaft oder eine andere Art von Notstandsregime einzusetzen. Es hieß auch, die mittleren Ränge sympathisierten mit einer weiteren Demokratisierung und lehnten es ab, als letzte Verteidiger einer imperialen Union zu handeln; damit sei ein Gegengewicht vorhanden, das ausreiche, um den Konservatismus des Oberkommandos und den Extremismus der "schwarzen Obersten" auszugleichen. Andere waren weniger zuversichtlich und meinten, wenn die Lage verzweifelt genug erscheine, um die Befehle zu geben (ob von Politikern oder von Armeekommandeuren selbst), würde die Gewohnheit der militärischen Disziplin sicherstellen, daß sie auch ausgeführt würden. Eine dritte Ansicht war, daß das Militär, wenn es wirklich wollte, in der Lage sein werde, die Macht zu übernehmen, nicht aber, sie dann auch auszuüben.

Die Ereignisse vom 19. bis 21. August schienen den Optimisten Recht zu geben und den meisten apokalyptischen Befürchtungen den Boden zu entziehen. Wie ich zu Beginn dieses Berichts festgestellt habe, wäre es riskant eine Gesamtinterpretation des gescheiterten Putsches anzubieten. Diese Aufgabe wird durch die Verwirrung, aber auch durch die bereits wieder verbreiteten Verschwörungstheorien nicht leichter. Es gibt z.B. die Behauptung, Gorbatschow und/oder Jelzin müßten von dem bevorstehenden Putsch gewußt haben. Dennoch kann man einige vorläufige Anmerkungen machen. Zunächst erscheint das ganze Unternehmen mehr als eine Art Gemeinschaftsprojekt bestimmter Bereiche des Partei-, Staats-, Sicherheits- und Rüstungsindustrieapparates, denn als Militärputsch im strengen Sinn. Marschall Jasow war offensichtlich eine zentrale Figur, aber die Frage, wie weit in der militärischen Hierarchie die Verantwortung nach unten reichte, und die Rolle der Armee, des KGB unter Krjutschkow und des MVD unter Pugo bleiben erst noch zu klären. Einige hochstehende Kommandeure und einige zentrale Einheiten haben ihre Teilnahme offensichtlich verweigert. Tatsächlich ist auffallend, wie mangelhaft die Putschisten auf die Durchführung zentraler Aufgaben wie die Verhaftung Jelzins und die Kontrolle des russischen Parlamentes durch ausreichende Truppen vorbereitet waren.

Kurz nach seiner Rückkehr nach Moskau hat Gorbatschow die Vorwürfe der Liberalen akzeptiert und die Verantwortung dafür übernommen, daß er viele der Putschisten erst auf ihre einflußreichen Posten gesetzt hat. Westliche Anhänger Gorbatschows haben andererseits argumentiert (vor allem in der kurzen Zeit, in der es so aussah, als sei der Putsch erfolgreich), die sowjetischen Liberalen hätten den Präsidenten zu früh fallengelassen, ihn während des Winters unfair kritisiert und ihn dadurch so geschwächt, daß er sich den Rechten nicht mehr widersetzen konnte.

Es ist nicht leicht, sich in diesen Argumenten zurechtzufinden. Einerseits können die Liberalen anführen, daß die internen Spaltungen der verschiedenen Sicherheitsorgane und die Gegenmobilisierung des Volkes durch Jelzin den Putsch relativ leicht besiegt haben.

Wenn andererseits die Putschgefahr immer so groß gewesen ist, wie die Liberalen behauptet haben, war es nicht unvernünftig (zumindest in taktischer Hinsicht) von Gorbatschow, die Rechte während des Winters zu beruhigen und die direkte Konfrontation zu vermeiden, die die Liberalen indirekt forderten. Immerhin hätte auch ein gescheiterter Putsch, wenn die Putschisten nur ein wenig besser vorbereitet und/oder skrupelloser gewesen wären, leicht zu einem viel schlimmeren Blutbad führen können. Korrespondentenberichte aus Moskau vom Montag und Dienstag des Putsches sprachen von einem weit verbreiteten Überdruß in der Bevölkerung, der zur Akzeptanz der neuen Situation hätte führen können, wenn der frühe Widerstand überwunden worden wäre.

Im Westen fand man auch die Argumentation, daß großzügigere Hilfe für Gorbatschow und die UdSSR die Gefahr hätte bannen können. Mehr Waren in den Geschäften hätten vielleicht die allgemeine politische Stimmung in der UdSSR positiv beeinflussen können. Aber dieses Argument beruht zum Teil auf einem Mißverständnis der Motive der Putschisten und der Spannungen zwischen Politik und Militär, die ich in dieser Untersuchung dargestellt habe. Die Unterzeichner des Aufrufs in der Sowjetskaja Rossija kritisierten Gorbatschow nicht dafür, daß er auf dem G-7 Gipfel keine ausreichende westliche Hilfe organisiert hatte, sondern vor allem dafür, daß er überhaupt hingegangen war und damit als Bittsteller erschien. Das sowjetische Militärsystem war Mitte 1991 aus vielen Gründen in einer Krise, von denen die meisten mit westlicher Politik kaum etwas zu tun hatten. Das heißt nicht, daß westliche Politik irrelevant ist, insbesondere in der neuen Situation nach dem Putsch, mit der sich vertiefenden ökonomischen Krise und anhaltenden politischen Unwägbarkeiten. Aber man kann westliche Politik in der Zeit vor dem Putsch kaum als entscheidend ansehen.

Das Tempo der Entwicklungen zwischen August und Dezember 1991 verminderte das Interesse an dem Putsch selbst, und es scheint tatsächlich unklar, ob dessen Geschichte im einzelnen jemals ans Licht kommt. Unabhängig von künftigen Erkenntnissen über die Vorbereitung und Durchführung des Putschversuches ist jedoch klar, daß mit ihm eine ganz neue Ära in der russischen Geschichte eingeleitet wurde, die die bolschewistische Periode von 1917 bis 1991 ablöst.

ISBN 3-928965-03-4